INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

IENSCH MEIER

Mensch Meier kam sich vor wie
ne Ölsardine, irgendjemand
stand auf seinem rechten gro-
ßen Zeh, und das passierte ihm
auch noch in aller Herrgotts-
frühe im ?9er kurz vor
Halensee

Der Kassierer schrie : "wer hat
noch keinen Fahrschein" und
Mensch Meier sagte laut und
ehrlich : "ich, aber ich fahr schwarz
und füttere mein Sparschwein"
und der Schaffner fragte : "Mensch
bist du verrückt" doch Mensch
Meier sagte :

Nee, nee, nee, eher brennt die BVG
Ich bin hier oben noch ganz dicht,
der Spaß ist zu teuer
von mir kriegste nüscht



Menschenversuche und Folter
Bayer AG im Faschismus

Flugzeugentführung
Prozeßbeobachtungen

Birgit Hogefeld
Der Staat findet immer seine Wahrheit

und vieles mehr

Heute:

Räumung und Tango
Berlin und die Kreutziger Straße

Raketenwerfer und Tra...
Innengeneral Schönbohm durchge...

Nr. 396

8.11.1996

Hallo Leute!
Seit längerer Zeit wurde letzte Woche mal wieder heftiger und auch breiter auf Häuserräumungen reagiert.Bei Daimler am Salzufer klirrte es mächtig, in der Pfarrstraße wurde e ine Neubesetzung gleich von den Bullen aufgemischt, um die Kreutziger herum brannten große und kleine Barris und am Sonntag dann eine Demo mit 1500 Leuten.

Klar al so, daß General Schönbohm tobt und nun mit der ja nicht gerade "bürgernahen" Straßenbahn-Aktion für sich punkten will.Sein zerrbild eines neuen Angriffszieles für die Sz ene ist natürlich absoluter Schönblödsinn, alldieweil alles aus dem Zusammenhang gerissen wird.Die Nähe zum Räumungsort, die Barrikadenfunktion an dieser Stelle sprechen ja für sich, und niemand käme auf die Idee, sowas an einem völlig beliebigen Ort zu machen. Von "Zerstörung des eigenen Kiezes" zu reden, halten wir ebenfalls für Unsinn, denn seit wann ist die BVG UNSER, und gab's da nicht mal was mit Preiserhöhungen sowie wachschutz- und Kontiterror? Mensch kann ja trotzdem für ÖVP zum Nulltarif sein statt Autowahn.Der scheinbare Widerspruch ist eben gar keiner.
Wir wollen hier keiner "Der Zweck heiligt die Mittel -Politik" das Wort reden, angesichts von Bullenspezialkommandos, die sich es erlauben, unter Sprengung von Türen ein Haus zu überfallen,das vor dem Vertragsabschluß steht,stellt sich de nn doch die Frage, wo die Aufregung eigentlich angebracht ist.

In dieser Ausgabe dokumentieren wir den 1. Teil der abschließenden Prozesserklärung von Birgit Hogefeld.Sie wurde am 5.11.96 aufgrund der üblichen BAW-Konstrukte zu lebenslänglicher Haft verurteilt.In ihrer Erklärung erläutert sie unter anderem, warum sie nichts anderes von der Sonder-Justitz erwartrt.Birgit, wir denken heute ganz besonders an dich!!!!!!

die Is

PS: Wie uns zu Ohren gekommen ist, hat die Geschäftsführung von Ambulante Dienste (AD) doch tatsächlich den Verasuch unternommen, rückwirkend zum 1. 10.96 die 80%-Regelung im Krankheitsfall durchzuziehen.Aufgrung massiven Widerstands wurdew dies vorerst zurückgenommen. AD unterhält u.a. ein Büro im Mehringhof und manche Leute sollen bei solchen Sachen ja ganz schlechte Laune bekommen.

INHALTSVERZEICHNIS

Liebe interims,

mit eurem vorwort zur nummer 394 habt ihr euch ja einen richtig bösen klopfer geleistet!oder habt ihr den text zu christel (s.18) gar nicht gelesen?und die in der nr.368 (märz 96) und in der nr.354 (november 95) vielleicht auch nicht?das solltet ihr schleunigst nachholen oder wiederholen,dann müßte sich euer merkwürdiger vorschlag nach auseinandersetzung um die Christel vorheworfenen "aktionen" von selbst erledigen!!!!
und jetzt noch mal zum mitdenken:
es handelt sich um ein konstrukt !!!!!!!
ein einfacher aufruf zur solidarität mit einer genossin die schon jahre ihres lebens im knast verbracht hat und nun noch einmal auf jahre verschleppt und eingesperrt werden soll,wäre wohl angemessener gewesen....!!!!

eine aus hannover
(die übrigens nicht in der Solidaritätsgruppe ist)

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

OBDACHLOS - UND DAS IM WINTER ?!

Am letzten Dienstag räumte die Polizei im Bezirk Friedrichshain drei Häuser. Die Kreuziger Str.21 wurde komplett, die Häuser 12+ 13 teilweise,geräumt,also alle ohne gültigen Mietvertrag.
Nach der gewaltsamen polizeilichen Räumung haben die nun obdachlosen BewohnerInnen und UnterstützerInnen am Donnerstag,dem 31.10.96 um 13.00 Uhr das Haus Pfarrstr.92 in Lichtenberg besetzt.

Durch die Räumungen in der Kreuziger Str. hat Innensenator Schönbohm erneut kurz vor Anbruch des Winters 40 überwiegend jugendliche Menschen obdachlos gemacht. Die mit größter Gewalt durchgeführte Polizeiaktion, bei der vermummte Sondereinsatzkommandos sich ohne Vorwarnung mit Hilfe von Sprengstoff Zutritt zum Haus verschafften, sind Teil von Schönbohms paranoidem Krieg gegen bestimmteGruppen von BerlinerInnen, die ohne Rücksicht auf soziale Folgen und Kosten aus der Innenstadt vertrieben werden sollen. BesetzerInnen haben in der Regel wenig Chancen bei der Wohnungssuche, die Situation der Geräumten ist angesichts von 13000 Berliner Obdachlosen und steigenden Mieten aussichtslos.

- Die BewohnerInnen der geräumten East- Side Gallery hausen jetzt zum Teil in einen Parkhaus- Rohbau am Hauptbahnhof. Versprochene Ersatzflächen wurden nicht zur Verfügung gestellt, dabei gammelt das Gelände ungenutzt und ungesäubert vor sich hin.
- Die BesetzerInnen der Marchstraße/Einsteinufer wurden nach der Räumung noch 5(!) mal polizeilich geräumt und schließlich nach Brandenburg vertrieben. Derweil verfallen die intakten Häuser, weil der Eigentümer die Dächer zerstören ließ.
- Auch die Häuser Linienstraße 158/159 stehen seit der Räumung ungenutzt leer, die jugendlichen Ex- BesetzerInnen vegetieren vereinzelt in Abbruchhäusern.

Für BesetzerInnen gibt es in Berlin kein Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, körperliche Unversehrtheit, Entfaltung der Persönlichkeit und Schutz des Eigentums. Um sie zu vertreiben, bricht der Senat nicht nur eigene Richtlinien, sondern auch Gesetze. 500 BesetzerInnen scheinen den Saubermännern ein ernstzunehmendes Hindernis auf dem Weg Berlins zur „offenen Weltstadt" und europäischen Metropole zu sein.
BesetzerInnen lassen sich aber nicht vertreiben, genausowenig wie die MieterInnen im Stadtkern, die wie sie steigende Mieten nicht bezahlen, steigenden Leerstand nicht verstehen und steigende Obdachlosenzahlen nicht beruhigend finden können.



Das neubesetzte Haus in der Pfarrstraße 92 wurde nach langjährigem Leerstand ,1995 von dem Lichtenberger Sozialarbeiter Michael Heinisch gekauft, der es in ein Wohnprojekt für obdachlose Jugendliche umwandeln will. Aber für Heinisch gibt es anscheinend verschiedene Bewertungen von Obdachlosigkeit. Während er keine Probleme bei der engen Zusammenarbeit mit rechten Jugendlichen hat,besteht für ihn kein Grund zum Dialog mit den obdachlosen BesetzerInnen. Statt dessen rief er Schönbohms Räumungskommandos. Diese begannen gegen 19.00 Uhr mit der Räumung. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln - Wasserwerfer, Räumpanzer, Hubschrauber,Hundestaffeln und SEKs wurde das Haus von allen Seiten gleichzeitig gestürmt.
Die 21 sich im Haus befindlichen Personen wurden, zum Teil brutal,verhaftet und größtenteils erst am nächsten Morgen wieder raus gelassen. Die Polizei war weder bereit, Angaben zu den Haftgründen zu machen, noch den Aufenthalt der Gefangenen zu benennen.

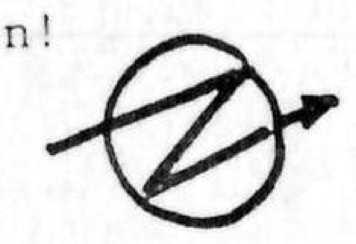


Und das alles, obwohl die ganze Besetzung absolut friedlich verlief, und es keinen aktiven Widerstand gab.

Wir fordern die Rückgabe der Geräumten K 21, sowie der anderen geräumten Häuser, oder angemessene Ersatzobjekte!!

Die BesetzerInnen werden sich nicht in Läusepensionen vereinzeln lassen und wollen nicht auf Parkbänken erfrieren!

Wohnraum ist Menschenrecht, Besetzung legitim!



KEINE RÄUMUNG- NIRGENDWO!

V.i.S.d.P.: Klara Fall, Resolutstr.17, 10435 Berlin

„In der Stadt leben einige durchgeknallte Polit-Chaoten"

Grüne kritisieren Häuserräumungen / Keine Hinweise nach Anschlag auf Straßenbahn

VON WERNER SCHMIDT

BERLIN. Die Häuserräumungen in der vergangenen Woche haben eine Welle des Protestes und der Gewalt nach sich gezogen. In der Nacht zum Montag wurde wieder ein Mercedes in Brand gesteckt, diesmal an der Hohenzollernstraße in Wannsee. Am Sonntag abend hatte die Polizei bei Ausschreitungen im Anschluß an eine Demonstration 23 Personen festgenommen. Trotz einer Belohnung von 5000 Mark gibt es von den Tätern, die am Freitag abend in Friedrichshain eine Straßenbahn gewaltsam gestoppt und sie anschließend angezündet haben, bisher noch keine Spur. Beim Staatsschutz wurde eine aus rund 20 Beamten bestehende Ermittlungsgruppe eingesetzt. Grüne und PDS warfen gestern im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses Innensenator Jörg Schönbohm vor, daß die Räumungspolitik des Senats Ursache für die Gewalttätigkeiten der vergangenen Tage sei.

„Herr Schönbohm, wie Sie die Dinge angehen, treiben Sie die Szene in die Radikalisierung", sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Wolfgang Wieland. Schönbohm wiederum kritisierte vehement ein Transparent, das am Sonntag abend während der von der PDS angemeldeten Demonstration gegen die Häuserräumungen mitgeführt worden war. Darauf hieß es: „Nee, nee, nee – sonst brennt die BVG".

„Das finde ich schon erstaunlich, nachdem am Freitag abend die Straßenbahn gebrannt hat", sagte Schönbohm. Nach Auffassung des innenpolitischen Sprechers der CDU, Dieter Hapel, war dieser Anschlag „heimtückisch geplant". Ein Fahrgast zog die Notbremse des Zuges der Linie 21, unmittelbar darauf stürmten Vermummte heran, zerschlugen die Fenster, zwangen die Insassen zum Aussteigen, holten die Straßenbahnfahrerin aus ihrer Fahrerkabine und zündeten mehrere Brandsätze. Verletzt wurde niemand, aber die Straßenbahn brannte aus. Die Anschaffungskosten des noch aus der DDR stammenden Zugs beliefen sich einst auf eine Million Ost-Mark.

In der Stadt leben „einige durchgeknallte Polit-Chaoten, denen es egal ist, auf welchen Zug sie grade aufspringen", sagte Norbert Schellberg (Grüne). Aber mit der derzeit gängigen Räumungspolitik des Senats erhalte die „fast schon tote Hausbesetzerbewegung die Transfusion, die sie wieder zum Leben erweckt."

Mitte vergangener Woche hatte die Polizei zwei besetzte Häuser an der Kreutzigerstraße in Friedrichshain geräumt. Kurz darauf war ein Brandanschlag auf die Mercedes-Benz-Niederlassung am Salzufer verübt worden. Die Täter ließen Flugblätter zurück, in denen gegen „Häuserräumungen" und „massiven Sozialabbau" protestiert wurde.

Massiv kritisierte die Opposition gestern die Räumung der Kreutzigerstraße 21. Der Polizeieinsatz sei erfolgt, obwohl zwischen Eigentümerin und Besetzern Kaufverhandlungen stattfanden, ein Vorvertrag vorlag und eine Frist bis zum 31. Oktober vereinbart worden sei. Dennoch habe die Eigentümerin bereits am 21. Oktober erneut Räumungsantrag gestellt. Der Hausverwalter habe eine falsche eidesstattliche Versicherung vorgelegt, sagte Frederik Over (PDS). Danach sei das Haus neu besetzt worden. Tatsächlich lebten die Bewohner bereits zwischen drei und fünf Jahren in dem Haus.

Während der Ausschreitungen am Sonntag abend nahm die Polizei 23 Personen fest, denen unter anderem Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen wird. Davon wurden gestern sechs Männer und zwei Frauen einem Richter zum Erlaß von Haftbefehlen vorgeführt. Die Ergebnisse lagen am Abend nicht vor. Zwei der Festgenommenen waren der Polizei bereits bekannt: wegen Hausfriedensbruchs und Stromdiebstahls – „also klassischen Hausbesetzerdelikten", sagte ein Polizeisprecher. Zu den Ausschreitungen war es im Anschluß an eine Demonstration gekommen. Daß es nicht bereits während der Kundgebung zu Gewalttaten gekommen ist, war nach Auffassung der PDS-Abgeordneten Marion Seelig „nur dem Agieren der Polizei zu verdanken."

Brandstifter wollten Funkwagen anzünden

Unbekannte versuchten in der Nacht zu gestern, vor dem Abschnitt 61 an der Friedenstraße (Friedrichshain) einen Funkwagen anzuzünden. Die Flammen verursachten jedoch nur geringen Schaden. Ob der Anschlag in Zusammenhang mit den Krawallen der Hausbesetzerszene steht, wollte die Polizei nicht bestätigen. Der Staatsschutz ermittelt.

Drei Autos an einem Tag in Brand gesteckt

Gleich dreimal mußte die Feuerwehr Sonntag zu brennenden Autos ausrücken: Unbekannte steckten gegen 20 Uhr einen „3er" BMW an der Elsenstraße (Treptow) in Brand. Gegen 21 Uhr legten Unbekannte einen Brandsatz unter einen S-Mercedes an der Hohenzollernstraße (Wansee).

Nach Tram-Anschlag weitere Brandsätze gefunden

Nach Guerilla-Handbuch

Von DIETER J. OPITZ



■ Der Überfall auf die Straßen-)ahn in Friedrichshain zeigt eine ıeue Qualität des Chaoten-Ter-ˈors in Berlin. Daß keine Opfer :u beklagen waren, ändert daran ıichts. Was sich am frühen Frei-ag abend an der Kreuzung Ecke 3oxhagener und Kreutzigerstra-ße abspielte, war eine nach dem Guerilla-Handbuch geplante und)räzise ausgeführte Operation.

Das gilt nicht nur für den Ablauf des eigentlichen \ngriffs: Blockieren des Schienenweges, Sturm der /ermummten auf das Fahrzeug, Unterbrechung des 'unkkontakts der Fahrerin zur Zentrale, Vertreibung ler Fahrgäste, Brandstiftung durch Molotow-Cocktails, 3ehinderung der anrückenden Polizei durch Krähen-üsse zwecks Deckung des Rückzugs.

Die Wahl von Ort und Zeit verrät exakte Planung. lit dem Ende der BVV-Sondersitzung über die vor rei Tagen erfolgte polizeiliche Räumung des besetz-ın Hauses Kreutzigerstraße 21 ist das Motiv der Ak-on auch ohne Selbstbezichtigung ohne weiteres aus-ımachen.

Daß die Angreifer nicht, wie bisher üblich, zur :hlafenszeit, sondern vor Publikum operierten, dazu ɔrmale Bürger einbezogen und gefährdeten, fällt un-r den Begriff „Propaganda der Tat". Der Öffentlich-:it soll signalisiert werden, daß die Stadt-Guerilleros ıtschlossen zuschlagen und ungestraft entkommen)nnen.

Guerilleros greifen stets an ungeschützten Stellen ı. Während die Polizei die BVV-Sitzung bewachte, in :r sich die exmittierten Hausbesetzer ein Alibi als iedliche Zuhörer holten, schien die Kreutzigerstraße ıgefährdet. Waren die Besetzer doch am Donnerstag ıch Lichtenberg „weitergezogen" – ein Ablenkungs-anöver? Angesichts der undurchsichtigen Szene ird es die Polizei schwer haben. (Siehe S. 10)

Polizisten sprengten einfach die Tür

Häuser in der Kreutziger durchsucht und geräumt

Von P. Kirschey und R. Funke

Die Boxhagener und anliegende Straßen glichen gestern seit 6.35 Uhr einer belagerten Festung. Polizeifahrzeuge hatten einen Ring um die Kreutzigerstraße gezogen, die zur Frankfurter Allee führt. Nicht einmal für Bewohner war ein Durchkommen möglich. Selbst der nahe Friedhof wurde überwacht.

Nach Angaben eines Polizeisprechers handelte es sich bei dem Aufmarsch »um eine polizeiliche Begehung durch Vollstreckungsbeamte«, etwa des Hauses 21. Für die Kreutzigerstraße 13 lagen Durchsuchungsbefehle vor. Es sollte Rauschgift gefunden werden. Die Suche blieb allerdings ergebnislos. Drei herrenlose Mountainbikes sowie Kleinkalibermunition fielen der Polizei in die Hände. Die Drogen dienten offenbar nur als Vorwand, um eine richterliche Durchsuchung zu erwirken und die Häuser 12, 13 und 21 zu stürmen. Eine Tür in einem Hinterhof wurde von der Polizei gesprengt.

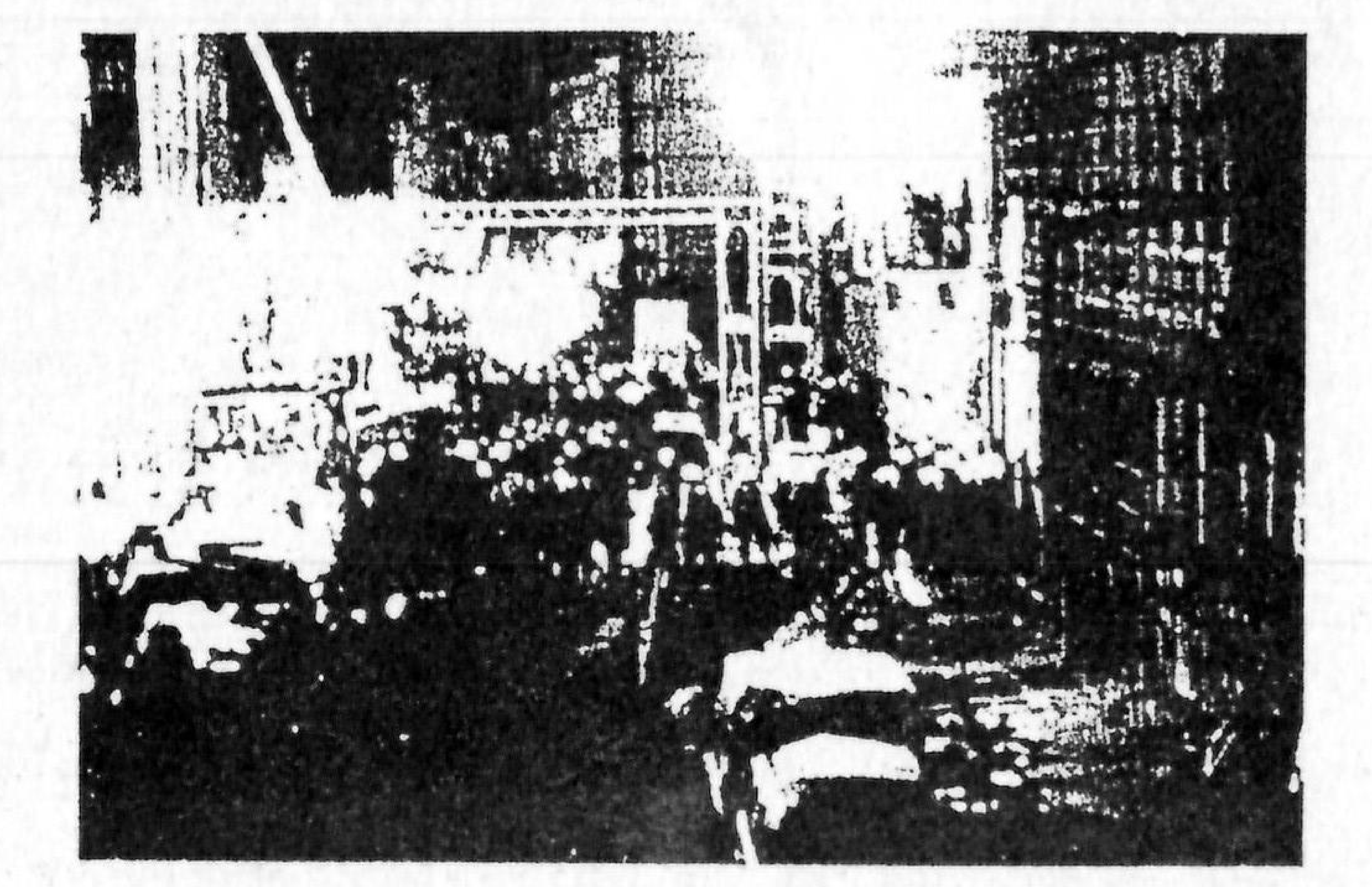
Beim Anrücken der Fahrzeuge hatte der PDS-Abgeordnete Freke Over um ein Gespräch mit dem Einsatzleiter gebeten, um die Situation zu klären, war aber kurzerhand festgenommen worden. Zwei Passanten wurden wegen Widerstandes und Beleidigung sowie vier weitere wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz festgesetzt. Insgesamt hatte man sieben Häuser in der Straße durchsucht.

Am Abend wollte die Polizei Türen und Fenster zumauern. Sie beendete damit vorläufig alle Bemühungen einer Genossenschaft, das Haus 21 für die nun obdachlosen Hausbesetzer für 400 000 DM zu erwerben. Mit der Vertreterin der Erbengemeinschaft war man sich einig. Der Kaufvertrag lag unterschriftsreif vor, die Finanzierungsmöglichkeiten waren geklärt, aber nicht in einer Woche umzusetzen. Auf einer solchen Frist soll aber die Vertreterin, wie zu hören war, urplötzlich nach einem Gespräch mit einigen Herren aus der Innenverwaltung bestanden, einen Strafantrag sowie Räumungsbegehren gestellt haben.

Die Grünen merkten an, daß ein solches Aufgebot vermummter Beamter in keiner Weise dazu beitrage, die sozialen Probleme Berlins zu lösen.



Mit dem Großaufgebot verstopfte die Polizei etliche Straßen, verursachte Umleitungen, Staus und Ärger mit Anwohnern ND-Foto: Burkhard Lange



Wagensport Für Amateure

wir waren über die räumung der häuser in der kreutziger so sauer, daß wir in der nacht vom 31. auf den 1. nach dahlem gefahren sind, um beim volxsport dampf abzulassen. so haben wir bei zwei superteuren mercedes und einem sportflitzer die luft aus den reifen gelassen. nach dieser kurzen aufwärmphase wurden wir leider gestört, so daß wir das auswärtsspiel abblasen mußten. denn bekanntlich sind die schiedsrichterInnen ja parteiisch. schade.

gruppe Subjekt Prädikat Objekt

Von Christian Bahr und Walter Scharfenecker

Als „eine Gewalteskalation neuer Art" hat Innensenator Jörg Schönbohm den Anschlag auf eine Straßenbahn der Linie 21 in Friedrichshain bezeichnet. Zum erstenmal seien unbeteiligte Bürger Ziel eines Anschlags von Chaoten geworden, sagte Schönbohm am Rande des CDU-Parteitages auf einer Pressekonferenz am Sonnabend.

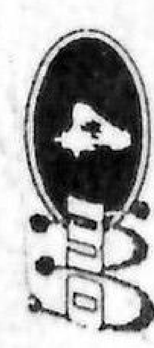
Polizeipräsident Hagen Saberschinsky sagte vor der Presse, daß zumindest einer der Täter sich bereits vor dem Anschlag auf die Straßenbahn in einem der Wagen befunden habe. Im Bereich Boxhagener-/Kreutzigerstraße sei in der Bahn die Notbremse gezogen worden. Dann seien sofort etwa zwanzig Vermummte in den Straßenbahnzug gestürmt, hätten die Tür zum Fahrerabteil aufgerissen und die Fahrerin herausgezerrt. Die etwa zehn Insassen wurden gezwungen, die Tram zu verlassen. Unmittelbar danach setzten die Chaoten die Bahn in Brand. Jetzt hat die Polizei die Fahrgäste gebeten, sich bei ihr als Zeugen zu melden.

Saberschinsky teilte mit, in einem Haus in der Kreutzigerstraße wurden später 31 bereitgestellte Brandsätze gefunden. Der Anschlag zeige „eine hohe kriminelle Intensität", die Täter seien „hochorganisiert".

Nach den Ereignissen vom Freitag hat die Polizei inzwischen eine Sonderkommission gebildet. Die Beamten befassen sich auch mit dem Brandanschlag auf die Mercedes-Filiale am Salzufer in Charlottenburg in der Nacht zum Donnerstag. Der Polizeipräsident hat für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Schönbohm sagte, nicht nur die Fahrgäste, sondern auch die alarmierte Feuerwehr seien attackiert worden. Sie wurde bei den Löscharbeiten mit Steinen und Leuchtraketen beschossen. Der Innensenator forderte PDS und Bündnis 90/Die Grünen auf, sich von den Gewaltakten zu distanzieren.

Bei den Brandstiftern dürfte es sich nach Einschätzung der Polizei um Sympathisanten der Hausbesetzerszene in der Kreutziger Straße handeln. Zu den Ausschreitungen kam es unmittelbar na[...] zung der Bezirksver[...] sammlung Friedrichsh[...] es um die Räumung b[...] ser ging. Die drei festg[...] Jugendlichen sind ni[...] Polizeigewahrsam. S[...] unverdächtig.





Autonomer Feuerzauber nach Räumungsoffensive

Berlin-Friedrichshain kommt nicht zur Ruhe: Demos, Barrikade, eine brennende Straßenbahn

Rund 3 000 Menschen demonstrierten am Sonntag in Berlin-Friedrichshain gegen die Räumung besetzter Häuser, »für alternative Lebensformen und gegen den Hauptstadtwahn«. Unter dem Motto »Wohnraum statt Schönbohm« zogen die DemonstrantInnen an der Mainzer Staße vorbei, wo vor sechs Jahren eine dreitägige Schlacht um die besetzten Häuser tobte, und an der Kreutzigerstraße, wo in der vergangenen Woche ein Haus und mehrere Wohnungen geräumt wurden. Die Polizei war mit einem Großaufgebot inklusive Wasserwerfern und Räumpanzern vor Ort, setzte aber auf Deeskalation und ließ die Demo ungehindert nach Kreuzberg ziehen. Bis zu unserem Redaktionsschluß kam es zu keinen Auseinandersetzungen.

Schwere Krawalle gab es am Freitagabend in Friedrichshain. Zeitgleich wurden in verschiedenen Straßen Barrikaden errichtet und Müllcontainer und Bauwagen angezündet, mehrere Scheiben des Friedrichshainer Rathauses gingen zu Bruch. Auf der Boxhagener Straße, Ecke Kreutzigerstraße, brannte eine Straßenbahn aus. Die Bahn war zunächst durch das Ziehen der Notbremse angehalten worden. Unbekannte hatten daraufhin die Fahrgäste und die Fahrerin zum Aussteigen aufgefordert und erklärt, daß die Aktion nicht gegen sie gerichtet sei. Dann wurde Benzin ausgekippt. Von außen schlugen anschließend mehrere vermummte Personen die Fensterscheiben der leeren Straßenbahn ein und warfen Brandsätze hinterher. Verletzt wurde niemand, nur eine Frau soll nach Angaben der Polizei einen Schock erlitten haben.

Die Polizei nahm drei Personen fest, die aber offenbar nichts mit der Aktion zu tun hatten. Darunter war ein Bewohner der Kreutzigerstraße, der gerade aus der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gekommen war. Die Polizei ließ einen Hund los, der sich in seinem Oberschenkel verbiß und nach Augenzeugenberichten von dem Hundeführer nicht unter Kontrolle gebracht werden konnte. Der Betroffene erstattete Anzeige wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Amt. Die Polizei antwortete mit einer Anzeige wegen schweren Landfriedensbruchs. Innensenator Jörg Schönbohm sprach nach den Krawallen von einer »neuen Qualität der Gewalt«.

Am Samstag durchsuchten Polizisten erneut Häuser in der Kreutzigerstraße. Dabei stießen sie auf ein unerwartetes Hindernis: Die Stahltür in dem geräumten Haus Nr. 21, die sie nach der Sprengung der alten Tür selbst eingebaut hatten, mußten die Beamten mit einer Brechstange öffnen, weil Unbekannte das Schloß verklebt hatten. Zuschauer aus den benachbarten ehemals besetzten Häusern kommentierten dies hämisch: »Nehmt doch Sprengstoff!«

Ivo Bozic

Randale nach Protestzug gegen Häuser-Räumung

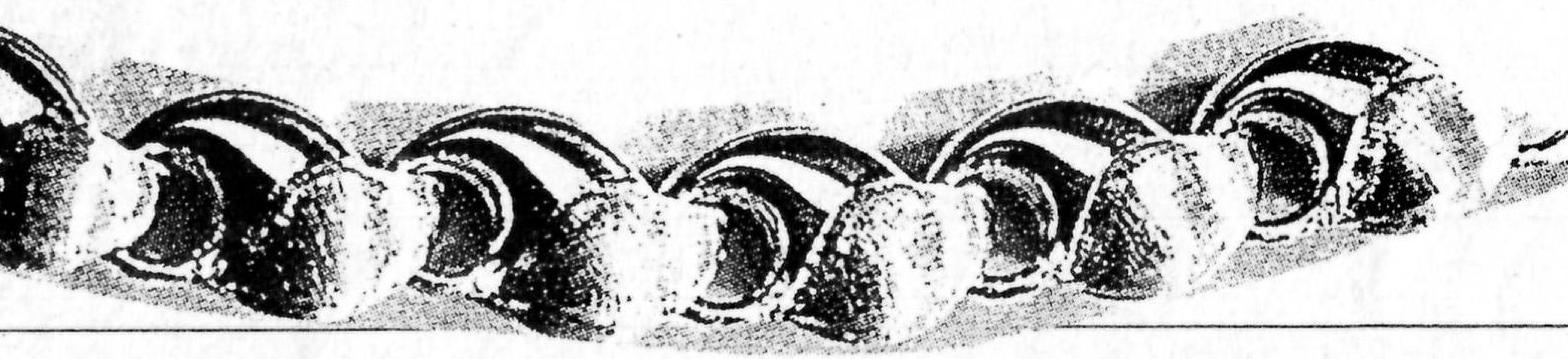
Demonstranten aus der Hausbe-tzerszene haben gestern abend n Kottbusser Tor mit Flaschen d Steinen auf Polizeibeamte ge-orfen. Etwa 50 zum Teil ver-ummte Randalierer riefen: „Wir ben euch etwas mitgebracht: aß, Haß, Haß." Drei Beamte wur-n leicht verletzt. Die Polizei hm 17 Demonstranten fest.

Zuvor hatten etwa 1500 Menschen weitgehend friedlich an dem Protestzug gegen die Räumungen besetzter Häuser in Friedrichshain, der von der PDS mitveranstaltet wurde, teilgenommen. Einige Autos wurden beschädigt und ein Bauwagen umgestürzt.

Die Demonstranten waren von der Frankfurter Allee zum Kottbusser Tor gezogen. Dabei wurden sie von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet. In dem Protestzug wurden Spruchbänder mit Aufschriften wie „Nee, nee, nee – eher brennt die BVG" gezeigt.

Am Freitag hatten Unbekannte in Friedrichshain eine Straßenbahn der Linie 21 gestopppt, die Fahrgäste zum Aussteigen aufgefordert und die Bahn in Brand gesetzt. Die Polizei hat für die Aufklärung des Überfalls 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

In der Nacht zu gestern kam es zwischen 3.15 und 5 Uhr an mehreren Stellen in Friedrichshain und Mitte zu Brandstiftungen, die im Zusammenhang mit den Räumungen stehen könnten. *banjo/dpa*



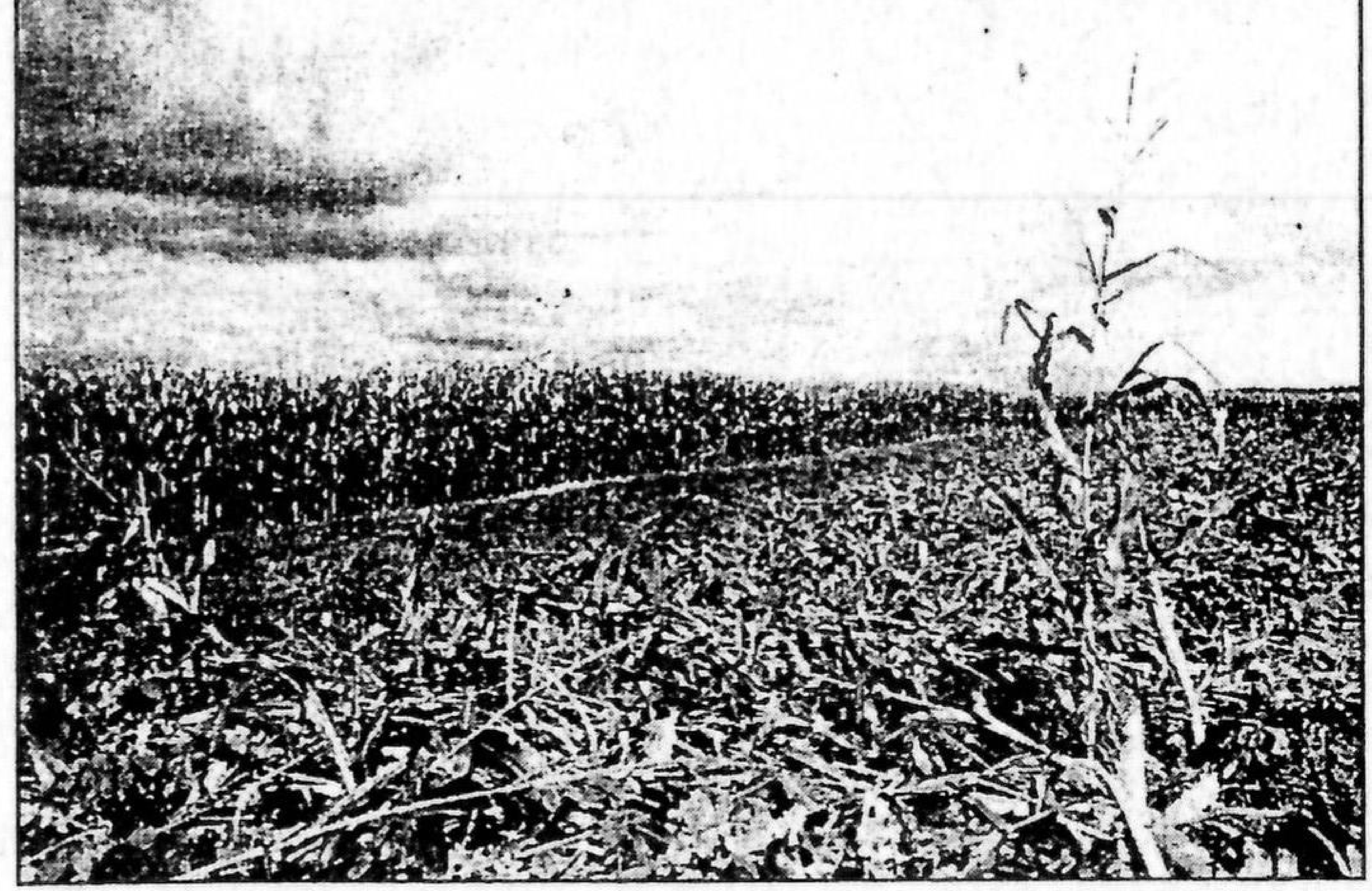
Gen-Felder: Terror gegen Raps und Rüben

■ *Versuchsgegner verüben immer mehr Anschläge*

BM Potsdam, 17. Okt.

Die Ernte gentechnisch veränderter Nutzpflanzen in Deutschland wird in diesem Herbst geringer als erwartet ausfallen. Schuld ist aber nicht die Witterung.

Unbekannte Gegner von Genversuchen haben nach Angaben des Bundesforschungsministeriums in diesem Sommer 14 von insgesamt 99 Äckern mit genmanipulierten Pflanzen teilweise zerstört und einen Schaden von etwa zwei Millionen Mark angerichtet. Ganze Versuchsreihen wurden vernichtet. Die Anbauer – Industrieunternehmen und Forschungsinstitute - reagieren mit verstärkten Sicherheitsvorkehrungen.



Radikale Gen-Versuchsgegner greifen zu immer rigoroseren Methoden. Ganze Felder, wie hier ein Maisfeld bei Bernau, werden verwüstet. Jetzt befürchten Experten, daß Deutschland deshalb bei der Genforschung ins Hintertreffen gerät. Foto: Fromm

Ein Kartoffelacker in Golm bei Potsdam war lange Zeit die bestbehütete Anbaufläche in ganz Deutschland. Wo tagsüber die Erntemaschinen kreisten, drehten nachts die Wachleute ihre Runden. Ein 80 Zentimeter hoher Elektrozaun umgab den mit 2,5 Hektar größten Gengemüseacker Deutschlands. Die Kartoffeln mit dem Namen „Desiree", die hier angebaut wurden, wurden in den Laboratorien des Max-Planck-Instituts für molekulare Pflanzenphysiologie mit fremdem Erbgut versehen. Sie sollen dadurch bessere Stärkeeigenschaften und einen günstigeren Phosphatstoffhaushalt erhalten.

Mitte Juni überfielen Unbekannte das Versuchsgelände. Sie rissen Zäune nieder, zertrampelten Akkerfurchen und rupften Knollen aus dem Boden. Zurück blieben 6000 zerstörte Kartoffelpflanzen – ein Fünftel des Bestandes.

Schmerzhafter als der reine Sachschaden ist für die Genbauern der Forschungsrückstand infolge der Anschläge. „Im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei der Genforschung ohnehin schon drei bis fünf Jahre hinten", sagt die Referentin beim Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter, Vera Große-Kleimann. Erst 1993 wurde nach einer Novelle des Gentechnikgesetzes auch in Deutschland die Genehmigung von Freilandversuchen erleichtert. Seitdem vervielfachen sich jährlich die Anträge für Versuche vor allem mit Raps, Kartoffeln, Mais und Zuckerrüben. *AP*



Liebe Wagensport-Freunde und -Freundinnen,
in den letzten Jahren gab es immer wieder Verwirrungen um die Zielgruppe bzw. -objekte unseres sportlichen Interesses. Natürlich freuen wir uns alle sehr, wenn es einmal wieder an einem traumhaften Abend zu einigen gelungenen Partien gekommen ist. Jedoch wurden gerade in der letzten Zeit die Konturen unserer feuerigen Sportart zunehmend verwischt, woraus zum Teil ein Popularitätsverlust unserer sportlichen Ereignisse erwachsen ist.
Lernt zielen! In diesem Sinne haben wir eine kleine List zusammengestellt, der wirklich relevante Spielgegner zu entnehmen sind. Wir wünschen allen Teams ein frohes Fest und eine erfolgreiche neue Saison.
EURE KFZ-PRÜFSTELLE

540i	8/4	4398	210(286)	78.521,74	90.300,-
540i Automatic	8/4	4398	210(286)	82.608,70	95.000,-

Preise BMW 8er Coupés

	Motor Zylinder/Ventile	Hubraum cm³	Nennleistung kW (PS)	DM* ohne MwSt.	DM* inkl. 15 % MwSt.
840Ci	8/4	4398	210 (286)	116.086,96	133.500,-
840Ci Automatic	8/4	4398	210 (286)	120.173,91	138.200,-
850Ci Automatic	12/2	5379	240 (326)	142.173,91	163.500,-
850CSi	12/2	5576	280 (380)	167.826,09	193.000,-

Preise BMW 7er

	Motor Zylinder/Ventile	Hubraum cm³	Nennleistung kW (PS)	DM* ohne MwSt.	DM* inkl. 15 % MwSt.
728i	6/4	2793	142 (193)	73.913,04	85.000,-
728i Automatic	6/4	2793	142 (193)	77.304,35	88.900,-
735i	8/4	3498	173 (235)	83.913,04	96.500,-
735i Automatic	8/4	3498	173 (235)	87.565,22	100.700,-
740i	8/4	4398	210 (286)	96.521,74	111.000,-
740i Automatic	8/4	4398	210 (286)	100.608,70	115.700,-
750i Automatic	12/2	5379	240 (326)	133.043,48	153.000,-
725tds	6/2	2498	105 (143)	70.434,78	81.000,-
725tds Automatic	6/2	2498	105 (143)	73.652,17	84.700,-
728iL Automatic ¹⁾	6/4	2793	142 (193)	82.782,61	95.200,-
735iL Automatic ¹⁾	8/4	3498	173 (235)	93.043,48	107.000,-
740iL Automatic ¹⁾	8/4	4398	210 (286)	109.304,35	125.700,-
750iL Automatic ¹⁾	12/2	5379	240 (326)	150.434,78	173.000,-

Porsche 911 Carrera Coupé 6-Gang-Getriebe	132.950,-	115.608,70
Porsche 911 Carrera Coupé Tiptronic S	139.610,-	121.400,-
Porsche 911 Targa 6-Gang-Getriebe	146.500,-	127.391,30
Porsche 911 Targa Tiptronic S	153.160,-	133.182,61
Porsche 911 Carrera Cabriolet 6-Gang-Getriebe	150.800,-	131.130,43
Porsche 911 Carrera Cabriolet Tiptronic S	157.460,-	136.921,74
Porsche 911 Carrera S Coupé 6-Gang-Getriebe	137.500,-	119.565,22
Porsche 911 Carrera S Coupé Tiptronic S	144.160,-	125.356,52
Porsche 911 Carrera 4 Coupé 6-Gang-Getriebe	143.500,-	124.782,60
Porsche 911 Carrera 4 Cabriolet 6-Gang-Getriebe	161.500,-	140.434,78
Porsche 911 Carrera 4S Coupé 6-Gang-Getriebe	159.800,-	138.956,52
Porsche 911 Turbo Coupé 6-Gang-Getriebe	222.500,-	193.478,26

Typ	Hubraum ccm	Leistung kW (PS)	Radstand mm	DM ohne MwSt.	DM mit 15 % MwSt.
JAGUAR CLASSIC LIMOUSINEN					
XJ Business 3.2	3239	155 (211)	2870	72.173,91	83.000,00
XJ Executive 3.2	3239	155 (211)	2870	83.043,48	95.500,00
XJ Executive 4.0	3980	177 (241)	2870	93.478,26	107.500,00
Sovereign 4.0	3980	177 (241)	2870	102.521,74	117.900,00
Sovereign 4.0 Langversion *	3980	177 (241)	2995	110.000,00	126.500,00
JAGUAR SPORT LIMOUSINE					
XJR 4.0 Kompressor	3980	235 (320)	2870	118.173,91	135.900,00
DAIMLER LIMOUSINEN					
Daimler Six **	3980	177 (241)	2995	130.000,00	149.500,00
Daimler Double Six **	5993	229 (311)	2995	148.608,70	170.900,00
JAGUAR SPORTWAGEN					
XK8 Coupé	3996	209 (284)	2588	97.826,09	112.500,00
XK8 Cabriolet	3996	209 (284)	2588	112.086,96	128.900,00

Typ		Motor/Getriebe	Leistung	Hubraum	Bereifung 5fach	Listenpreis ohne MwSt. ab Werk DM	Kaufpreis einschl. 15 % MwSt. ab Werk DM
E 420	T-Modell 5-Sitzer, 5 Türen	8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	205 kW 279 PS	4196 cm³	215/55 R 16 93 W	91 300,—	104 995,—

Coupés
— Baureihe 140 —

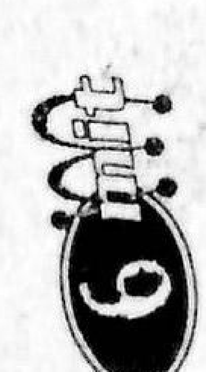
Typ		Motor/Getriebe	Leistung	Hubraum	Bereifung 5fach	Listenpreis ohne MwSt. ab Werk DM	Kaufpreis einschl. 15 % MwSt. ab Werk DM
CL 420	Coupé 4-Sitzer, 2 Türen	V 8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	205 kW 279 PS	4196 cm³	255/45 ZR 18 *	135 100,—	155 365,—
CL 500	Coupé 4-Sitzer, 2 Türen	V 8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	235 kW 320 PS	4973 cm³	255/45 ZR 18 *	151 150,—	173 822,50
CL 600	Coupé 4-Sitzer, 2 Türen	V 12-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	290 kW 394 PS	5987 cm³	255/45 ZR 18 *	196 900,—	226 435,—

* Reserverad 235/60 ZR 16 (in Stahlausführung)

Roadster
— Baureihe 129 —

Typ		Motor/Getriebe	Leistung	Hubraum	Bereifung 5fach	Listenpreis ohne MwSt. ab Werk DM	Kaufpreis einschl. 15 % MwSt. ab Werk DM
SL 280	Roadster mit Coupédach 2-Sitzer, 2 Türen	6-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Getriebe mechanisch	142 kW 193 PS	2799 cm³	225/55 ZR 16	106 500,—	122 475,—
SL 320	Roadster mit Coupédach 2-Sitzer, 2 Türen	6-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	170 kW 231 PS	3199 cm³	225/55 ZR 16	116 450,—	133 917,50
SL 500	Roadster mit Coupédach 2-Sitzer, 2 Türen	V 8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	235 kW 320 PS	4973 cm³	225/55 ZR 16	145 800,—	167 670,—
SL 600	Roadster mit Coupédach 2-Sitzer, 2 Türen	V 12-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	290 kW 394 PS	5987 cm³	225/55 ZR 16	194 200,—	223 330,—
SL 60 AMG	Roadster mit Coupédach 2-Sitzer, 2 Türen	V 8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	280 kW 381 PS	5956 cm³	VA 245/40 ZR 18 HA 275/35 ZR 18 Reserverad 225/55 ZR 16	189 100,—	217 465,—

Typ		Motor/Getriebe	Leistung	Hubraum	Bereifung 5fach	Listenpreis ohne MwSt. ab Werk DM	Kaufpreis einschl. 15 % MwSt. ab Werk DM
S 300 Turbodiesel	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	6-Zylinder-Dieselmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	130 kW 177 PS	2996 cm³	235/60 R 16 100 V	81 000,—	93 150,—
S 280	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	6-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Getriebe mechanisch	142 kW 193 PS	2799 cm³	235/60 R 16 100 V	77 000,—	88 550,—
S 320	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	6-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	170 kW 231 PS	3199 cm³	235/60 R 16 100 V	92 000,—	105 800,—
S 320 langer Radstand	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	6-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	170 kW 231 PS	3199 cm³	235/60 R 16 100 V	95 600,—	109 940,—
S 420	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	V 8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	205 kW 279 PS	4196 cm³	235/60 ZR 16	110 750,—	127 362,50
S 420 langer Radstand	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	V 8-ZylinderEinspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	205 kW 279 PS	4196 cm³	235/60 ZR 16	114 350,—	131 502,50
S 500	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	V 8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	235 kW 320 PS	4973 cm³	235/60 ZR 16	119 850,—	137 827,50
S 500 langer Radstand	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	V 8-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	235 kW 320 PS	4973 cm³	235/60 ZR 16	126 100,—	145 015,—
S 600	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	V 12-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	290 kW 394 PS	5987 cm³	235/60 ZR 16	179 150,—	206 022,50
S 600 langer Radstand	Limousine 5-Sitzer, 4 Türen	V 12-Zylinder-Einspritzmotor 4-Ventil-Technik 5-Gang-Automatik-Getriebe	290 kW 394 PS	5987 cm³	235/60 ZR 16	182 800,—	210 220,—





mit der räumung der letzten besetzten räume an der fu ist eine widerstandsfreie, hauptstadtgerechte elite-uni in greifbare nähe gerückt. jetzt haben die strategInnen des rechten umbaus freie hand - die reste der von 88/89 übriggebliebenen widerständigen studentischen strukturen sind zerschlagen. um das geschwulst und die u.a. von dort ausgegangenen initiativen zum schweigen zu bringen, haben sie es plattgemacht.

am 26.9. räumten bauarbeiter unter dem schutz von ca. 20 zivibullen die kellerräume der ihnestraße 22. zwei räumungstermine anfang und mitte september konnten verhindert werden. inzwischen ist von den caferäumen nichts mehr übrig: die wände sind einheitlich weiß, das inventar wurde verschrottet. verantwortlich für die zerschlagung ist der leiter des präsidialamtes peter lange, der sich bei der schäuble-aktion ebenso wie bei der versuchten besetzung der rost/silberlaube als brutaler schläger einen namen machte. das vorläufige ende des geschwulst dürfte aber auch bei vielen dozentInnen am osi zufriedenheit auslösen, denn die kriminalisierungsversuche des präsi-amts fanden hier großen widerhall. auch die osi-rechte von oz bis rcds kann frohlocken: ihre angriffe auf das cafe wurden honoriert, die rechte stimmungsmache hat früchte getragen. jetzt scheint der weg frei für die rechte hegemonie am osi, für schäuble, hesse, fachschaftsrat und osi-bündnis. Wir müssen kOtZen!

das geschwulst und die übrigen kellerräume waren von linken studentInnen erkämpfte räume. sie jetzt loszulassen, bedeutet den rechten das osi kampflos zu überlassen. alle vorgeschobenen argumente für die räumung (raumnot am osi, vertragsfreie räume) können den anspruch auf selbstverwaltete studentische räume nicht entkräften: wir wollen räume weil wir sie brauchen. sie werden uns diese räume nicht freiwillig geben, das zeigt die geschichte des geschwulst. aber wenn wir jetzt nicht anfangen, uns zu wehren und für räume zu kämpfen, dann wird es unsere inhalte an der uni nicht mehr lange geben.

für selbstverwaltete, linke räume an der uni kämpfen

EINIGE AUTONOM ANGEHAUCHTE

Schlußerklärung von Birgit Hogefeld
(vom 29. Oktober 1996)

Ungekürtze Orginalfassung - Teil 1

Als im November 1994 dieser Prozeß gegen mich begann, habe ich meine erste Prozeßerklärung mit dem Satz eingeleitet:
"Während ich hier vor Gericht sitze, laufen die Mörder von Wolfgang Grams frei und staatlich gedeckt draußen rum."
Wie nicht anders zu erwarten, hat sich daran bis heute nichts geändert. Die politischen Signale aus Bonn sind bei der deutschen Justiz angekommen. Kurz nach der Polizei-Aktion von Bad Kleinen stattete Bundeskanzler Kohl der GSG-9 einen Truppenbesuch ab und signalisierte damit, daß die Hinrichtung von Wolfgang Grams seine volle Rückendeckung hat. Zu diesem Zeitpunkt stand fest: die staatliche Linie sollte das starre Festhalten an der Selbstmord-version sein und außerdem die Verhinderung der Aufklärung der Ereignisse von Bad Kleinen vor einem deutschen Gericht.
Und so war es dann auch. Mangels hinreichendem Tatverdacht gegen die GSG-9 Beamten wurde die Klage der Eltern von Wolfgang Grams durch alle Instanzen abgewiesen; diese Entscheidung wurde zwischenzeitlich auch vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet.
In der letzten Version des OLG Rostock heißt es, Wolfgang Grams habe sich während des Sturzes ins Gleisbett, also zu einem Zeitpunkt als er schon mehrfach angeschossen und durch einen Bauchschuß schwerstverletzt war, selbst in den Kopf geschossen.
Diese Version ist nicht weniger absurd als die vorherigen.
Zwei dazu befragte international anerkannte Gerichtsmediziner äußersten sich in der ARD-Sendung Monitor vom 18.4.96 wie folgt:

> Pounder:
> "Denken Sie an die Realitäten! Er hat einen Bauchschuß und Beinschüsse und er muß große Schmerzen haben. Er fällt rückwärt in einem unkontrollierten Sturz und wir wissen, daß geschossen wurde, als sein Kopf sehr nahe oder schon auf dem Gleis war. Genau in diesem Augenblick hätte er Selbstmord begehen sollen. Um das hinzubekommen, bräuchte man einen Übermenschen."
>
> Knight:
> "Ich habe in vierzig Jahren alle Arten von Selbstmorden gesehen, aber noch nie, daß sich einer in der Luft selbst erschießen konnte, während er fällt. Das ist höchst unwahrscheinlich."
> "Das Szenario (der Rostocker Richter) ist unmöglich, es kann nicht passieren. Es ist einfach völlig unmöglich."

All das ist öffentlich und denen, die sich dafür interessieren bekannt, und nur wenige folgen also der staatlichen Version vom Selbstmord Wolfgang Grams'.

Aber in einer Zeit, in der inhaltliche Positionen, die vor wenigen Jahren als 'rechtsaußen' gegolten hätten, heute in der gesellschaftlichen Mitte angesiedelt sind, führt die Erschießung eines schwerverletzten Raf-Mitglieds durch ein paramilitärisches Sonderkommando dazu, daß die meisten Menschen, die dem kritisch gegenüberstehen, auch das nur noch resigniert zur Kenntnis nehmen.
Die gesellschaftliche Entwicklung ist da angekommen, daß es heute möglich ist, daß nach Brandanschlägen gegen Menschen aus anderen Ländern, Polizei und Staatsanwaltschaften immer häufiger gegen die Opfer dieser Anschläge ermitteln, anstatt die Täter ausfindig machen zu wollen. Der 'Kapitalstandort Deutschland' dürfe durch solche Anschläge nicht gefährdet werden, meinte Außenminister Kinkel 1993 nach der Verbrennung von fünf türkischen Frauen und Mädchen ind Solingen. Das Bild von rassistischen,aggressiven deutschen Jungmännern soll keinesfalls im Ausland Assoziationen an die braune Vergangenheit wachrufen - damit war das Signal für die Ermittlungen gegen die Opfer rassistischer Anschläge gegeben.
Und daß der junge Libanese aus Lübeck heute wieder in Freiheit ist, hat er wohl vor allem der 'internationalen Untersuchungskommission' und der dadurch gewährleisteten internationalen Öffentlichkeit zu verdanken. Die Solidarität die es hier gab, hätte wohl kaum ausgereicht.
Angesichts dieser Gesamtentwicklung war also nicht zu erwarten, daß die Ereignisse von Bad Kleinen und die Hinrichtung von Wolfgang Grams über das kurze Interesse am Skandal hinaus auf derart großes Interesse und Widerspruch in Teilen der Öffentlichkeit und bei den Medien stößt, daß die Politik zu einer tatsächlichen Aufklärung gezwungen wird.

Das ganze fand seine Entsprechung in diesem Prozeß.
Die wahnwitzige Mordanklage gegen mich wegen der Erschießung des GSG-9 Manns Newrzella und mehrfachem Mordversuch wurde zugelassen, obwohl ich nachweislich in Bad Kleinen überwältigt und mit einer Polizeipistole auf meinen Kopf gerichtet auf dem Boden lag, bevor dort der erste Schuß fiel.
Diese Mordanklage gegen mich basiert auf der angenommenen geistigen Mittäterschaft, was in der Konstruktion ja davon ausgeht, Wolfgang Grams hätte den GSG-9 Mann erschossen. Nachdem ich sowohl Anklage als auch die Akten zu diesem Komplex gelesen hatte, war ich sehr gespannt, wie das hier vor Gericht ablaufen würde, denn der in der Anklage behauptete Ablauf stand in zentralen Punkten in Widerspruch zur Aktenlage. Die Fundorte der leeren Patronenhülsen aus der Waffe von Wolfgang Grams schließen aus, daß er - wie in der Anklage behauptet - vom oberen Treppenabsatz aus auf die die Treppe hochstürmenden GSG-9 Männer geschossen hat. Aber aus genau dieser Position soll er Michael Newrzella erschossen haben. Das kann so nicht stimmen. Und außer den Fundorten der Patronenhülsen sprechen auch Zeugenaussagen gegen diese Version.
Doch trotz solch eklatanter Widersprüche soll so - laut Bundesanwaltschaft - der Mord dessen ich hier in geistiger Mittäterschaft angeklagt bin, abgelaufen sein. Und auch dieses Gericht sah trotz all dieser Unstimmigkeiten und Widersprüche keinen Aufklärungsbedarf, es hat sogar alle diese Fragen betreffenden Beweisanträge meiner Verteidigung zurückgewiesen.

Wie gesagt, vorher war ich gespannt darauf, wie der Anklagekomplex Bad Kleinen hier behandelt werden würde. Sicher war ich mir nur, daß Bundesanwaltschaft und Senat alles daran setzen würden, zu verhindern, daß hier die tatsächlichlichen Todesumstände von Wolfgang Grams zur Sprache und Aufklärung kommen. Das war ja dann auch so, jede Frage meiner Verteidigung, die über den unmittelbaren Zeitpunkt meiner Festnahme hinausging, wurde vom Gericht nicht zugelassen.

Über die Todesumstände von Michael Newrzella war ich mir vor diesem Prozeß nicht im Klaren. Ich habe die Widersprüche zwischen Anklage und dem was in den Akten steht gesehen, aber das hätte ja in die eine oder die andere Richtung in der Hauptverhandlung Aufhellung finden können. Erst darüber, wie hier seitens des Senats auch zu dieser Frage durchgängig gemauert wurde, bin ich mir heute sicher, daß von offizieller Seite davon ausgegangen wird, daß Michael Newrzella von seinen eigenen Leuten erschossen worden ist. Möglich, daß sie es nicht definitiv wissen, denn auch hier wurden die Spuren systematisch verwischt bzw. vernichtet aber sie halten es für wahrscheinlich und deshalb durfte diese Frage hier erst gar nicht in Richtung tatsächlicher Aufklärung verhandelt werden.

Mensch stelle sich doch umgekehrt einmal vor, BKA und Bundesanwaltschaft hätten stichhaltige Beweise dafür in der Hand gehabt, daß Wolfgang Grams den GSG-9 Mann Newrzella erschossen hat, was wäre denn dann hier passiert?
Nicht, wie in ursprünglich geplant drei, sondern in 30 oder mehr Verhandlungstagen wäre hier medienwirksam aufgepeppt, eine umfangreiche und lückenlose Beweiskette auf- und abgerollt worden.
Tage- vielleicht wochenlang hätten die Medien darüber berichtet, daß und wodurch der Verdacht, daß 'der Terrorist' den GSG-9 Mann erschossen hat, von Verhandlungstag zu Verhandlungstag erhärtet wird, bis am Ende schließlich Gewißheit über diese Frage bestanden hätte.
Nein, die staatlicherseits Verantwortlichen gehen - genauso wie mittlerweile auch ich - davon aus, daß Michael Newrzella von einem seiner eigenen Leute versehentlich erschossen worden ist.
Für die Wahrscheinlichkeit dieses Ablaufs spricht - außer den genannten Widersprüchen in den Akten und dem Verhandlungsablauf hier - auch das Gesamtverhalten dieser Truppe in Bad Kleinen.
Als Plan X nicht genau so ablief wie vorgesehen, weil die beiden festzunehmenden Personen eben nicht dicht beieinander waren und eine auch noch die Flucht ergriff, sind sie kopflos hinter Wolfgang Grams herschießend die Treppe hochgerannt. Da liegt es dann schon im Bereich des Möglichen oder sogar des Wahrscheinlichen daß einer den anderen trifft und erschießt.
Liegt da vielleicht auch der Grund warum einer der GSG-9 Beamten unmittelbar nach dem Einsatz in Bad Kleinen besonderer psychologischer Betreuung bedurfte - war ihm klar geworden, daß er in der Hektik seinen Kollegen erschossen hatte und ist er deshalb dort zusammengebrochen? Ich weiß es nicht, aber diese Frage erscheint mir nicht gerade aus der Luft gegriffen.

Fest steht nur: genausowenig wie die Todesumstände von Wolfgang Grams aufgeklärt werden sollen, sollte in diesem Prozeß hier vor dem OLG Frankfurt gefragt und beantwortet werden, wer tatsächlich den GSG-9 Beamten Michael Newrzella erschossen hat.
Deshalb wurde auch ein Beweisantrag zur Ladung des damaligen Bundesinnenministers Rudolf Seiters zurückgewiesen.

Denn Seiters hätte bekunden können, daß ihm in der Zeit zwischen dem 27.6. und 4.7.1993 folgende Informationen bekannt geworden sind:

- daß die Kioskbesitzerin Joanna Baron angegeben hat beobachtet zu haben, wie zwei GSG-9 Beamte an den auf dem Gleis liegenden Wolfgang Grams herangetreten sind und einer der beiden aus nächster Nähe auf dessen Kopf zielte und abdrückte;
- daß der BKA-Beamte mit der Legendierung Nr 12 von seinem Standort auf dem Stellwerk aus beobachtet hat, daß kurz nachdem Wolfgang Grams verletzt ins Gleisbett gestürzt war, zwei Personen hinterhersprangen und sich neben Wolfgang Grams postierten. Und daß diese Angabe im Widerspruch steht zu den Aussagen der GSG-9 Beamten, die schießend hinter Wolfgang Grams die Treppe hochgerannt sind. Diese hatten nämlich angegeben, sie hätten sich auf dem Bahnsteig in Deckung gebracht und seien dort minutenlang in einen kollektiven Black-out gefallen;
- daß gegenüber dem 'Spiegel' ein am Einsatz beteiligter Beamter, der anonym bleiben will, angab: "Die Tötung des Herrn Grams gleicht einer Exekution";
- daß in keiner der Aussagen der in Bad Kleinen eingesetzten GSG-9 und BKA-Beamten von einem Selbstmord durch Kopfschuß die Rede ist - den viele aber gesehen haben müßte, hätte er stattgefunden;
- daß bei der GSG-9 und ihr nahestehenden Polizeikreisen kursiert, ein GSG-9 Mann habe Wolfgang Grams den aufgesetzten Kopfschuß beigebracht;
- daß unmittelbar nach der Polizeiaktion das BKA, bei dem zuvor die Gesamtverantwortlichkeit für den Einsatz in Bad Kleinen lag, die Spurensicherung übernommen hat und daß im Rahmen der Ermittlungen des BKA gegen sich selbst, noch vor der Obduktion von Wolfgang Grams wichtige Spuren vernichtet worden sind- z.B. wurden seine Hände gereinigt;
- daß die Wolfgang Grams und mir zugeordneten Waffen im BKA beschossen und untersucht worden sind, wobei Projektile und Hülsen mit den spezifischen Merkmalen dieser Waffen produziert werden - für Vergleichszwecke, wie es heißt, aber genausogut können welche davon als Austauschmaterial benutzt worden sein;
- daß BKA-Beamte die bei der Obduktion von Michael Newrzella sichergestellten Projektile unsachgemäß dokumentiert haben, so daß eine lückenlose Überprüfung, ob es sich bei den später untersuchten Projektilen tatsächlich um dieselben handelt, nicht mehr möglich ist;
- daß auch der weitere Weg dieser Projektile so dokumentiert wurde, daß eine sichere Rekonstruktion unmöglich ist - ob also der Wissenschaftliche Dienst Zürich tatsächlich die Projektile untersucht hat, die aus dem Körper von Michael Newrzella entnommen worden sind, kann nicht mit Sicherheit geklärt werden, es ist genausogut möglich, daß dort Austauschexemplare untersucht worden sind;

- daß die Kleider, die die GSG-9 Beamten in Bad Kleinen trugen, erst nachträglich und teilweise in frischgewaschenem Zustand abgegeben worden sind;
- daß auch die GSG-9 Waffen nicht unmittelbar nach dem Einsatz sondern erst später sichergestellt wurden;
- daß die Fundorte der Hülsen aus der Waffe von Wolfgang Grams in krassem Widerspruch zur offiziellen Version stehen, Wolfgang Grams hätte vom Treppenabsatz aus auf die ihm nachstürmenden GSG-9 Bematen geschossen.

Rudolf Seiters hätte als Zeuge auch bekunden können, daß er aufgrund dieser und weiterer ihm vorliegenden Informationen ab dem 3.7.1993 wußte daß:

1. Wolfgang Grams durch ein Mitglied der GSG-9 mit einem gezielten Schuß in den Kopf getötet worden ist

und daß:

2. die Wahrscheinlichkeit, daß Michael Newrzella versehentlich von einem GSG-9 Beamten erschossen worden ist, mindestens genauso hoch, wenn nicht sogar höher ist, als die Wahrscheinlichkeit, daß er von Wolfgang Grams erschossen wurde.

Seiters hätte außerdem bekunden können, daß die Bundesregierung zum damaligen Zeitpunkt befürchtet hat, daß durch Recherchen von Journalisten und/oder undichten Stellen im Sicherheitsapparat die Hinrichtung von Wolfgang Grams und der Verdacht, daß Michael Newrzella durch ein Mitglied der GSG-9 erschossen wurde, an die Öffentlichkeit dringen.
Und er hätte bestätigen können, spätesten am 4.7.1993 davon ausgegangen zu sein, daß die Hinrichtung von Wolfgang Grams und die nachfolgende Spurenvernichtung nicht länger geheim zu halten sind und daß er deshalb an diesem Tag in Absprache mit Bundeskanzler Kohl seinen Rücktritt eingereicht hat, um dafür die politische Verantwortung zu übernehmen.

Im übrigen ist es ja auch so:
Ausschließlich vor dem Hintergrund, daß die Bundesregierung befürchten mußte, daß die Hinrichtung von Wolfgang Grams und der Versuch ihrer Vertuschung öffentlich werden, ergibt der Rücktritt von Seiters am 4. Juli 1993 einen Sinn.

Hier in diesem Verfahren ging es darum, für die offizielle Geschichtsschreibung zu Bad Kleinen festzuklopfen, daß Michael Newrzella von Wolfgang Grams erschossen worden sei. Und da von Anfang an klar war, daß das nur funktionieren kann, wenn ein Gericht bereit ist, alle ins Auge springenden Fragen und Widersprüche um die Todesumstände des GSG-9 Manns zu ignorieren und außer acht zu lassen, hat die Bundesanwaltschaft den 5. Strafsenat des OLG Frankfurt für die Anklageerhebung gegen mich ausgewählt.
Bei diesem Senat konnte sie sicher davon ausgehen, daß jede Anklage gegen eine Raf-Gefangene durchgeht und zur Verurteilung kommt, und daß die Verhandlungsführung zu Bad Kleinen so sein würde, daß die offizielle Version vom angeblichen Selbstmord Wolfgang Grams' nicht weiter erschüttert wird.

Es wurde mir öfter vorgeworfen, ich hätte noch vor Beginn dieser Hauptverhandlung durch Einschätzungen in Veröffentlichungen ein Lebenslänglich-Urteil herbeigeredet - an dem ja mittlerweile niemand mehr ernsthaft zweifelt.
Für mich war die Entscheidung der Bundesanwaltschaft, mich hier vor diesem Staatsschutzsenat anzuklagen, ein deutliches Zeichen. Hatte doch noch im Jahre 1993 dieser Senat bei einem Gefangenen, der wegen eines Brandanschlags im Zusammenhang mit einem Hungerstreik von Gefangenen von Action directe zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war, dessen Freilassung nur wenige Monate vor Ablauf der Entdstrafzeit verweigert, obwohl dieser Mann lebensbedrohlich erkrankt war. Diese Entscheidung, ihn in seinem damaligen Zustand nicht freizulassen, kam einem Todesurteil gleich, das wußten damals alle, die es wissen wollten.
Und daß der Mann in den restlichen Monaten im Knast nicht gestorben ist, ist kein Verdienst dieses Gerichts - es wollte ihn sterben lassen.
Deshalb, und wegen des Lebenslänglich-Urteils, das dieser Senat 1994 bar jeder ernstzunehmenden Beweisführung gegen Eva Haule verhängt hatte, wußte ich, daß ich es hier mit Leuten zu tun haben würde, die heute so agieren, als würden wir das Jahr 1977 schreiben.



Das Muster nach dem der gesamte Prozeß gegen mich abgelaufen ist könnte heißen: DIE BANK GEWINNT IMMER - und es funktioniert denkbar einfach.
In diesen über 1 1/2 Jahren Prozeßdauer habe ich u.a. gelernt, daß und wie die Bundesanwaltschaft mit einem solchen Senat jeden Menschen (der die Mitgliedschaft in der Raf nicht bestreitet und jede Form von Verrat verweigert) fast jeder beliebigen Tatbeteiligung an Raf-Aktionen anklagen und verurteilen kann. Ich könnte das sofort als Versuch vorführen, ich könnte auf die Zeil gehen und beispielsweise eine Frau zwischen Anfang 30 und Mitte 40 fragen, ob sie das Spiel mitspielt und sich hier als Raf-Mitglied präsentiert. Einziges Kriterium für die Auswahl einer solchen Frau müßte sein, daß sie keine allzu auffälligen besonderen Kennzeichen hat. Ihre Größe sollte irgendwo zwischen 1.50m und 1.80m liegen, sie sollte zwei Beine mit je einem Fuß haben und außerdem die übliche Anzahl Arme und Hände, und am Kopf zwei Ohren, zwei Augen, einen Mund und nicht mehr als eine Nase. Das reicht, dann ginge alles klar.
Wer hier die Art und Weise der Beweisaufnahme verfolgt hat, weiß wovon ich rede.
Vielleicht denken jetzt manche, daß es unpassend zu meiner derzeitigen Situation sei, über den Verhandlungsablauf hier zu polemisieren, schließlich wird von diesem Staatsschutzsenat demnächst ein Lebenslänglich-Urteil gegen mich ausgesprochen werden. Aber ich war jetzt an die 100 Mal in dieser Veranstaltung und trotz der realen Drohung und Bedrohung, die dieser Prozeß natürlich für mich, für mein Leben darstellt, habe ich es häufig nur noch als absurd, oft auch als lächerlich empfunden, was hier passiert ist.
Alle Vorurteile, die ich jemals in meinem Leben gegenüber einem deutschen Staatsschutzsenat hatte, wurden nicht nur bestätigt, vieles was hier seitens der Bundesanwaltschaft und des Senats gelaufen ist, hat das, was ich mir habe vorstellen können, bei weitem übertroffen. Hier wurde fast durchgängig nicht mal so getan, als ginge es darum, die tatsächlichen Abläufe aus den verschiedenen Anklagekomplexen aufzuklären.

Noch in der Nacht nach meiner Verhaftung war mir von einem Bundesanwalt mitgeteilt worden, daß es für mich keine Lebensperspektive in Freiheit mehr gäbe, wenn ich nicht mit ihnen zusammenarbeiten würde. In der Folgezeit wurden mir mehrmals Angebote gemacht, immer verbunden mit der Drohung einer Lebenslänglich-Strafe wenn ich ablehne. Nach meiner Ablehnung wurde dann der Haftbefehl erweitert - zuerst um die Mordanklage wegen Bad Kleinen, später um die Airbase-Pimental-Aktion.
Dabei ergab sich für die Bundesanwaltschaft natürlich das Problem, daß sie ihre früheren Ermitlungsergebnisse - die nie in meine Richtung zeigten - für nichtig erklären mußten, um nun mich als 'Täterin' einzusetzen.
Dafür mußten alte Schriftgutachen durch neue, 'Hogefeld-bezogene' ersetzt werden, ein manipulativer Videofilm wurde hergestellt, anhand dessen jeweils ich als 'Täterin' ausgedeutet werden sollte, denn nur ich entsprach in meinem allgemeinen Erscheinungsbild der angeblichen 'Täterinnen-Beschreibung' - klein, schmal, kurze dunkle Haare - also waren 3 der Vergleichspersonen blond und dick, und somit sofort auszuschließen.
Trotzdem waren nicht alle früheren Ermittlungsergebnisse, die oft auf andere Personen, nie aber auch mich hindeuteten, aus den Akten zu bereinigen und auch die Zeugenaussagen konnten ja nicht einfach alle verschwinden. Es brauchte also schon einige Anstrengung seitens des Senats, gerade auch die Zeugenbefragungen so durchzuführen, daß am Ende ich als die Frau verurteilt werden kann, die mit Edward Pimental die Kneipe verlassen hat.
Im Fall Pimental gibt es beispielsweise einen 'Hauptbelastungszeugen', der mich anhand besagten Videofilms als die Frau wiedererkannt haben will, die er seinerzeit mit Pimental in der Kneipe gesehen hat. Nun hatte aber gerade dieser heutige Hauptbelastungszeuge bei seiner polizeilichen Vernehmung im August 1985 angegeben:
- "eine genaue Beschreibung der Frau, die mit Pimental sprach, kann ich nicht geben. Ich muß bemerken, daß ich kurzsichtig bin und normalerweise eine Brille trage. An dem Abend trug ich keine Brille."

Während der Befragung dieses Zeugen durch den Senat hat kein einziges Senatsmitglied diese Problematik mit der Kurzsichtigkeit auch nur angesprochen. Mangels anderer Beweise braucht dieser Senat

die Aussage dieses kurzsichtigen Menschen, der seine Brille nicht dabei hatte und bei der Polizei den Satz sagte: 'eine genaue Beschreibung der Frau kann ich nicht geben', denn seine heutige Aussage soll mich 'überführen' - also werden die früheren Aussagen negiert und es stört auch nicht weiter, daß dieser Zeuge hier angegeben hat, an besagtem Abend betrunken gewesen zu sein.
Solche Beispiele gab es im Laufe der Hauptverhandlung unzählige: seitens des Senats wurden immer nur die Fragen angesprochen und abgehakt, die in irgendeiner Weise als mich belastend interpretierbar sind.

Oft hatte das durchaus Comic-Charakter und manchmal habe ich mich nach Prozeßtagen selber gefragt, ob das alles tatsächlich so gewesen ist, wie ich's in Erinnerung hatte. Aber da ich mir sicher bin, daß ich hier immer mit klarem Kopf und nie in bekifftem Zustand oder so war, weiß ich, es war alles wirklich so.
Die Zeugin, die mich beim Autokauf mit lückenhaften, braunen Zähnen beobachtet haben will, wurde von einem der Richter gefragt, ob die Zähne vielleicht angemalt gewesen seien, um den Eindruck von Zahnlücken zu erwecken (denn zum großen Ärger des Gerichts habe ich keine Zahnlücken). Wenn bei den Haaren die Farbe nicht stimmte, dann war von Haarfärbung oder Perücke die Rede, wenn ich zu klein bin von Stöckelschuhen, für die Veränderung der Augenfarbe sind verschiedenfarbige Kontaktlinsen auf dem Markt, nicht zu vergessen sind meine auffälligen O-Beine (auch sie spielen für meine Identifizierung eine große Rolle) bei denen nur der Orthopäde sich weigert die festzustellen, macht aber nix, denn die Richter haben sie längst per Röntgenblick durch den Tisch hindurch identifiziert.

Aber die Krönung der Beweisführung kam erst im Plädoyer der Bundesanwaltschaft. Da wurde nämlich erklärt, daß und warum als sicher anzusehen ist, daß ich Mieterin bzw. Käuferin zweier Autos für die Tietmeyer- bzw. Airbase-Aktion sei, obwohl in beiden Fällen die Zeugen uspründlich ganz sicher Sigrid Sternebeck wiedererkannt haben wollen.
Das erscheint ja auch möglicherweise einem unerfahrenen Prozeßbeobachter auf den ersten Blick als Widerspruch - ist es aber nich sagt die Bundesanwaltschaft.

Frau Sternebeck war einmal hier in diesem Verfahren als Zeugin geladen, und wenn es als Grobunterscheidung zwei Frauentypen gibt, dann ist sie der andere als ich: nämlich blond, hell, blauäugig, eben alles ist anders als bei mir. Trotzdem sagt die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer, das sei kein Widerspruch, im Gegenteil, wenn Zeugen bei der Lichtbildvorlagen auf Frau Sternebeck deuten und nicht auf ein Foto von mir, dann belastet genau dieser Wiedererkennungsvorgang micht. Denn - so die logische Schlußfolgerung - ich sehe Frau Sternebeck ähnlicher als mir selber.
ich brauchte eine Weile, aber dann hab ich's verstanden.
Das geht nämlich so: Raf-Mitglieder verändern in der Illegalität immer ihr Äußeres und dafür nehmen sie - denn das ist praktisch - als Vorlage das Fahndungsfoto einer anderen Frau, natürlich einer, der sie normalerweise überhaupt nicht ähnlich sehen. Und anhand dieser Fahndungsfoto-Vorlage machen sie so lange an sich rum (mit Schminke und Perücke - na das hatten wir ja alles schon) bis sie so aussehen wie das Fahndungsfoto.
Das ist doch jetzt klar, oder?
Wieso dann, fragt sich vielleicht noch jemand, es mich belastet, wenn ein Zeuge auf ein Foto von mir deutet? Die Frage ist schon fast dumm, denn sie ist leicht zu beantworten:
Raf-Mitglieder verändern sich nämlich nicht immer nach dem Prinzip der einfachen Umwandlung, nein, manchmal machen sie auch den doppelten Trick, und dann sehen sie natürlich wieder sich selber ähnlich, oder jemandem der ihnen ähnlich sieht, jedenfalls ähnliche als die denen sie überhaupt nicht ähnlich sehen - die von der Einfach-Umwandlung nämlich. Na so ungefähr jedenfalls funktioniert das mit den Ähnlichkeiten nach Logik der Bundesanwaltschaft.

Wie eingangs schon gesagt: DIE BANK GEWINNT IMMER - und die Frau von der zeil hätte hier einfach keine Chance.

Manipulative und tendenziöse Zeugenbefragungen waren hier an der Tagesordnung, Zeugenaussagen und Indizien wurden hier zusammengedreht und Widersprüche ausgeklammert. Im Mittelpunkt des Interesses dieses Senats stand von Anfang an nur eins: meine Verurteilung.
Folgerichtig wurde jede juristische Intervention, jede Zeugenbefragung, jeder Antrag meiner VerteidigerInnen immer als Störfaktor betrachtet, und moniert, sie würden damit die Verhandlung unnötig in die Länge ziehen. Und Rechtsanwältin Seifert war fast durchgängig dem Frauenhaß der Bundesanwälte und einiger Senatsmitglieder ausgesetzt. Wenn sie Anträge stellte, dann verzog regelmäßig einer der Richter sein Gesicht so, als würde er gerade gezwungen Katzenscheiße zu fressen, andere schliefen demonstrativ ein und die Bundesanwälte lachten und feixten häufig in der Art pubertierender Knaben.
Oder dieses ständige entnervte Schnauben seitens einiger Senatsmitglieder, wenn meine VerteidigerInnen wieder einmal die Aktenvervollständigung beantragten. Die Signale waren deutlich, der 5. Strafsenat des OLG Frankfurt fühlte sich dafür nicht zuständig und darüber hinaus interessierte ihn auch ganz einfach nicht, ob die Akten da waren oder nicht, das Gericht benötige die Aktenvollständigkeit doch schließlich auch nicht, gaben sie unumwunden zu. Außerdem schienen sie sich zu fragen, warum wir damit immer wieder sie belästigen. Schließlich weiß doch jeder halbwegs informierte Mensch in diesem Land, wo die Akten für solche Verfahren vollständig vorhanden sind. Warum also nerven wir damit immer wieder diesen Senat, anstatt uns an den 'Spiegel' zu wenden und Herrn Aust zu fragen, ob er sie mal rüberschiebt? Und außerdem kann man solche Akten, wenn man sie unbedingt haben will, bekanntlich ja auch direkt beim BKA oder der Bundesanwaltschaft kaufen.
Aber das ist natürlich eine Kostenfrage.

-

Ich bin schon häufig gefragt worden, warum ich nichts zu den gegen mich erhobenen Vorwürfen aus der Anklage sage, und daß die Tatsache, daß ich sie nicht bestreite, gegen mich gewertet werden wir
Wie diese Anklage zustande gekommen ist, habe ich schon geschilder nach Aussageerpressungsversuchen mit Lebenslänglich-Drohung, wurde die Anklage mehrmals erweitert.

Damit sollte der Druck gegen mich verstärkt und natürlich auch die Basis für ein Lebenslänglich-Urteil gebaut werden. Der ganze Ablauf spricht für sich und sagt viel über die tatsächliche Beweislage aus.
Auch während der Hauptverhandlung wurde mir von seiten der Bundesanwaltschaft nochmals die Kronzeugenregelung offieriert - aber darüber, daß solche Erpressungsversuche mittlerweile schon in öffentlicher Veranstaltung gemacht werden, habe wohl nur ich mich gewundert. Schließlich ist das in diesem Land Gesetz.
Im Grunde logisch: Gesetzgebung nach dem Prinzip der freien Marktwirtschaft, ich habe Wissen, das andere unbedingt wollen - was also liegt näher, als gesetzliche Regelungen für die in solchen Fällen angepeilten Deals zu installieren.

Also vonwegen Wahrheitsfindung, um die es hier und in ähnlichen Veranstaltungen angeblich geht. Um die Wahrheit ging es hier nie, sondern darum, die wenigen Splitter einer manipulierten, löchrigen Indizienkette so zusammenzukleben, daß sie nicht gleich beim ersten Hinschaun reißt. Und Dank der ständigen Anstrengung und Interventionen meiner RechtsanwältInnen ist nicht mal das gelungen.
Trotzdem wird dieser Senat zu dem Ergebnis kommen, daß die Anklagepunkte in der Hauptverhandlung nachgewiesen worden sind und ein Lebenslänglich-Urteil gegen mich aussprechen.
Hier gab und gibt es nur die Alternative zwischen dem Lebenslänglich-Urteil und Verrat - dazwischen gibt es nichts.
Dafür hat die Bundesanwaltschaft diesen Staatsschutzsenat für die Anklage gegen mich gewählt, denn bekanntlich funktionieren heute nicht mehr alle Staatsschutzsenate in diesem Land in dieser Weise als Handlanger für die Bundesanwaltschaft.

Verrat wäre für mich auch, zu den einzelnen Anklagekomplexen Angaben zu machen, die mich als Person entlasten würden, denn diese Angaben würden sofort mit anderen Ermittlungsergebnissen zusammengewürfelt und dann gegen andere benutzt werden. Seit den Aussagen von Peter-Jürgen Boock gibt es dafür eine neue Wortschöpfung: 'Substraktionsverfahren' wird das bei der Bundesanwaltschaft genannt, dh seine Aussagen sind nicht immer direkt belastend, lassen aber Rückschlüsse zu, die andere ins Fadenkreuz rücken.
Diese indirekte Sorte von Denunziation kommt für mich als Weg genausowenig in Frage wie direkter Verrat.

In dieser Hauptverhandlung gab es nicht bloß diesen einfach nur noch absurden und oft auch lächerlichen Teil dieser Sorte Beweisführung, den ich schon angesprochen habe - natürlich nicht.
Hier wurden ausführlich die Todesumstände des US-Soldaten Edward Pimental beschrieben und Bilder seiner Leiche gezeigt.
Edward Pimental war am Abend des 7.August 1985 von Raf-Mitgliedern in einem Waldstück bei Wiesbaden durch einen Kopfschuß hingerichtet worden. Er wurde von hinten in den Kopf geschossen, das Projektil trat durch eines seiner Augen wieder aus - Pimental war gerade mal 20 Jahre alt. Wenn ich heute versuche, mir eine solche Situation bildlich vorzustellen, wenn ich mir vorstelle, daß Menschen hergehen und einen jungen Mann erschießen, weil er Soldat der US-Armee ist und einen Ausweis besitzt, den sie haben wollen, dann empfinde ich das als grauenhaft und zutiefst unmenschlich - anders kann ich das nicht bezeichnen.
Oder Barbara Nies und Matthias Reams, die hier in der Hauptverhandlung als Zeugen ausgesagt haben. Barbara Nies und Matthias Reams sind zwei Menschen, die bei dem Bombenanschlag auf die US-Airbase in Frankfurt schwerverletzt worden waren. Und obwohl beide hier nur kurz ihre Verletzungen schilderten und über die Auswirkungen dieses Anschlags auf ihr weiteres Leben redeten, war deutlich zu spüren, wie sehr sie noch heute unter den körperlichen und seelischen Folgen leiden. Schon allein an diesen Beispielen wird für mich deutlich, daß vieles in unserer Geschichte als Irrweg anzusehen ist
Da kam es sehr schnell zu Verselbständigungen und einer Eskalation des Militärischen - Bomben-autos, noch zusätzlich bestückt mit Metallteilen, die Menschen zerrissen haben und auch zerreissen sollten, Genickschüsse oder die Erschießung von Geiseln, wie schon bei der Botschaftsbesetzung in Stockholm.
Wir waren denen, die wir bekämpfen wollten in dieser Hinsicht sehr ähnlich und sind ihnen wohl immer ähnlicher geworden.

Wenn die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer unzählige Male aus Briefen einer anderen Raf-Gefangenen zitiert hat und in diesen Briefen über den Tod eines Menschen in Begriffen wie 'ausschalten' geredet wurde, dann sträubten sich mir dabei angesichts dieser kalten und menschenverachtenden Sprache oft die Haare. Gleichzeitig weiß ich aber auch, daß ich da nur 'Glück' habe, daß da nicht ich selber mit dieser Sprache zitiert werde, denn in den 70er und 80er Jahren habe ich auch so geredet.

Und es gab Zeiten in meinem Leben, in denen ich die Erschießung eines US-Soldaten oder eine Autobombe auf der Airbase in Frankfurt oder Ramstein, oder die Schleyer-Entführung, die ganzen Aktionen der Raf seit ihren Anfängen eben, gerechtfertigt fand.
Zu dieser Haltung habe ich heute ein große innere Distanz.
Deshalb hatte ich in meiner Erklärung zur Raf-Geschichte vom Juli 95 zu der Erschießung von Edward Pimental gesagt, daß sie mit revolutionärer Moral und revolutionären Zielen nicht vereinbar ist, und in Hinblick auch auf andere Opfer, die unsere Seite, die Raf, seit ihrem Bestehen zu verantworten hat, die Frage gestellt:
"Wie konnte es dazu kommen, daß Menschen, die aufgestanden waren, um für eine gerechte und menschliche Welt zu kämpfen, sich so weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernten?"

Der Tod eines Menschen ist endgültig und eine Auseinandersetzung mit der Raf-Geschichte macht keinen Edward Pimental oder Gerold von Braunmühl oder Jürgen Ponto wieder lebendig. Und auch die Situation der Menschen, die bei Raf-Aktionen verletzt worden sind oder die durch unsere Aktionen Familienangehörige oder Freundinnen und Freunde verloren haben, wird dadurch, ob ich oder andere sich kritisch mit unserer Geschichte und dem, was ich heute als Irrweg und z.T. katastrophale Fehler bezeichnen würde, auseinandersetzen, nicht leichter werden.
Wenn überhaupt, kann eine solche Auseinandersetzung auch gerade mit Blick auf die Opfer nur den Sinn haben, daß die dabei gewonnenen Erkenntnisse Wiederholungen vermeiden helfen.
Darin sehe ich aufgrund meiner Biographie, der Tatsache, daß mein Lebensweg 20 Jahre lang eng mit der Raf verbunden war, für mich selber eine Verpflichtung und Verantwortung.
Aber gerade eine solche Auseinandersetzung ist offensichtlich staatlicherseits überhaupt nicht gewollt, anders jedenfalls ist nicht zu erklären, daß beispielsweise die für mich zuständigen Behörden nichts unterlassen, um genau diese Auseinandersetzung zu blockieren und soweit als möglich zu verhindern.

Fortsetzung im nächsten Heft

SOUHAILA ANDRAWES: DIE GESCHICHTE EINER KRONZEUGIN

Zur Vorgeschichte

Im sog. Deutschen Herbst im Oktober 1977 wird die Lufthansa-Maschine Landshut vom Kommando Martyr Halimeh entführt. Im Verlauf der Entführung wird der Pilot erschossen - bei der Erstürmung der Maschine durch die GSG 9 werden drei der PalästinenserInnen des Kommandos erschossen.

Die Palästinenserin Souhaila Andrawes überlebt als einzige schwerverletzt und wird in Somalia zu 20 Jahren Knast verurteilt. Nach zwei Jahren kommt sie aus dem Gefängnis frei und lebt danach u. a. im Irak, Syrien, Zypern. Aufgrund der Bedrohung, der ihr Mann ausgesetzt ist, flieht sie mit ihrer Familie im Juli 1991 von Zypern nach Norwegen, wo ihnen "humanitäres" Asyl zugestanden wird.

Hintergründe der Verhaftung

Nachdem sie über drei Jahre unter ihrem richtigen Namen in Oslo gelebt hat, wird Souhaila Andrawes im Oktober 1994 (auf den Tag genau 17 Jahre nach Beginn der Landshut-Entführung) aufgrund bundesdeutscher Initiative von norwegischen Bullen festgenommen. Nachdem die NorwegerInnen sichergestellt hatten, daß es sich bei Souhaila Andrawes tatsächlich um Soraya Anzari handelt und sie ohne Umschweife ihre Beteiligung an der Entführung zugibt, stellt die BRD einen Auslieferungsantrag und läßt ein paar Tage später das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundesanwaltschaft (BAW) nach Oslo einfliegen. Sie wird tagelang *als Beschuldigte* von BKA/BAW verhört - immer wieder wird ihr dabei die Kronzeugenregelung erklärt. Es geht also schon zu Beginn der Vernehmungen in Oslo um mehr als ihr eigenes Strafverfahren, das sie in der BRD erwartet.

Zwar ist ein Prozeß der BRD-Justiz gegen Souhaila Andrawes sicherlich ein wichtiger Baustein, um die Geschichte von 1977 weiter umzuschreiben. Darüber hinaus ist das damit zusammenhängende Auslieferungsverfahren ein weiterer Schritt für die neuformierte Zusammenarbeit in Europa. Doch es geht hierbei auch um die Abrechnung mit der BRD-Guerilla aus den Siebzigern und die Rache an denen, die sich nicht dafür benutzen lassen.

Konkret geht es um Monika Haas, die sich nicht wie einige andere 1990/91 als Kronzeugin gegen Brigitte Mohnhaupt mißbrauchen lassen will. Daraufhin wird ihr nun selbst ein Verfahren angehängt, im März 1992 landet sie im Knast. Der Vorwurf: Sie soll die Waffen für die Landshut-Entführung auf Mallorca übergeben haben. Gestützt wird dieses Konstrukt auf eine Stasi-Akte, den "Operativvorgang (OV) Wolf". Doch die BAW hat auf Sand gebaut - im Mai 1992 wird Monika Haas aus der Haft entlassen, denn laut Urteil des Bundesgerichtshofs belegt eine Stasi-Akte allein nicht den dringenden Tatverdacht.

Um überhaupt noch Aussichten im Verfahren gegen Monika Haas zu haben, braucht die BAW nun also eine passende "Zeugenaussage". Souhaila Andrawes könnte zwar Zeugin der Waffenübergabe gewesen sein, aber sie ist weder verpflichtet, als Zeugin in der BRD zu erscheinen, noch muß sie sich nach der ganzen Zeit daran erinnern, wer die Waffen nach Mallorca gebracht hat.

Die "Aussagen" von Oslo

Während der Verhöre in Oslo werden ihr nun Fotos vorgelegt, auf denen u. a. Monika Haas abgebildet ist. Sie erkennt sie zwar nach einiger Zeit wieder, ist aber zunächst sicher sie nie "außerhalb des Jemens" gesehen zu haben. Ihr wird aus dem OV Wolf vorgelesen z. B. daß das Kommando auf Mallorca betrunken gewesen sein soll. Hierzu meint sie, müsse eine Verwechslung mit einer anderen Aktion vorliegen. Ansonsten macht Souhaila Andrawes umfangreiche Aussagen über die Hintergründe und den Ablauf der Landshut-Entführung.



Durch den Druck während der folgenden Tage kommen ihr immer mehr "Erinnerungen" wieder: "Ich habe versucht, mich zu erinnern, aber nichts ...Ich hätte gerne 'JA' gesagt. Aber das wäre nicht ehrlich", bis sie sich kurz darauf erinnert und sicher ist, "das muß richtig sein". Zwar will sie "keine Geschichten erfinden", um Straferlaß zu kriegen, und so reisen die BRD-Beamten denn auch praktisch ohne Ergebnisse wieder ab. Doch einige Tage später will Souhaila Andrawes eine Aussage protokollieren lassen: Monika Haas ha-be auf Mallorca die Waffen in einem Kinderwa-gen versteckt überge-ben! Diese Aussage wiederholt sie vor einem



norwegischen Richter - Monika Haas wird erneut eingeknastet.

Souhaila Andrawes wird ca. sechs Wochen später kurz vor Weihnachten unter Meldeauflagen aus der Haft entlassen Ihr Auslieferungsverfahren durchläuft sämtliche Instanzen in Norwegen. Als auch ihr Gnadengesuch von König Olaf abgelehnt wird, wird sie im November 1995 an die BRD ausgeliefert. Sie trifft am gleichen Tage wie Arafat in Hamburg ein, den hier jedoch nicht der Knast sondern ein Staatsempfang erwartet, obwohl "an dessen Händen wohl mehr Blut klebt als an denen von mir", wie Souhaila Andrawes während ihres Prozesses bitter bemerkt.

Die Prozesse in Frankfurt und Hamburg

Im Januar 1996 beginnt der Prozeß gegen Monika Haas in Frankfurt, Souhaila Andrawes soll im Februar dort zur Aussage erscheinen. Sie schreibt noch im Januar an das Frankfurter Gericht, daß sie dort nicht erscheinen will und auch nicht gegen Monika Haas aussagen will.

Im April 1996 fängt in Hamburg unter Vorsitz von Mentz das Verfahren gegen Souhaila Andrawes an. Die Anklagen gegen die beiden Frauen überschneiden sich - die beiden StaatsanwältInnen Homann und Fischer von der BAW reisen zwischen Hamburg und Frankfurt hin und her.
Während der ersten Prozeßtage schildert Souhaila Andrawes auf Aufforderung des Gerichts ihre Geschichte und ihre politische Entwicklung: Sie berichtet von dem Leiden des palästinensischen Volkes, in dessen Relation ihr damals auch die als Kampfmittel eingesetzte Flugzeugentführung legitim erschienen sei. Für diese Aktion sei sie in Somalia bereits verurteilt und eingeknastet worden - ihr heute erneut den Prozeß zu machen, sei in moralischer Hinsicht ungerecht.
Persönlich wirkt sie verständlich und nachvollziehbar - politisch erscheint sie als integere Frau, zumindest bezogen auf ihre palästinensische Identität. Soviel sie auch über die Entführung usw. erzählt, zum Punkt der Waffenübergabe schweigt sie erklärtermaßen, und kündigt auch an, dem Gericht in Zukunft keine zusätzlichen Namen mehr zu nennen.

Keine Kronzeugin!?!

Die Zeugenvernehmungen in den folgenden Wochen läßt sie wortlos über sich ergehen, im Juni meldet sie sich nochmals zu Wort, weil sie erneut im Prozeß gegen Monika Haas geladen worden ist. Souhaila Andrawes erklärt, daß sie nicht als Zeugin auftreten will und begründet dies wie folgt: Mit ihrer palästinensischen Identität, mit dem ihr wichtigen Respekt ihrer norwegischen Freunde, mit ihrer Rolle als Ehefrau und Mutter, als die sie an die Sicherheit ihrer Familie denken müsse, und mit ihrem christlichem Glauben, nach dem sie alle Judasse (Verräter) hasse und keiner von ihnen sein wolle.
Das Gericht in Hamburg drängt sie weiter, die Kronzeugenregelung für sich in Anspruch zu nehmen, ansonsten würden die norwegischen Bullen geladen werden, um ihre Aussagen aus Oslo zu Protokoll zu geben. Ein, zwei Wochen später antwortet sie damit, daß es andere Möglichkeiten der Strafmilderung für sie geben müsse als die Kronzeugenregelung. Sie habe bei den Verhören in Oslo unter starkem psychischem Druck gestanden und nehme hiermit ihre Aussagen zurück. Sie würde lieber einige Jahre mehr Knast in Kauf nehmen, als hier öffentlich etwas dazu zu sagen.

Von der Aussageverweigerung in Frankfurt ...

Im Juli wird sie nach Frankfurt gekarrt, der Richter bietet ihr sofort das Aussageverweigerungsrecht an. Inzwischen ist von der BAW und der norwegischen Presse ein Szenario derart aufgebaut worden, daß gegen sie bzw. ihre Familie Drohungen existieren würden. Sowohl ihre Verteidigung als auch die BAW nehmen dies zum Anlaß, ihr umfassende Aussageverweigerung zuzugestehen. Für Monika Haas und deren Verteidigung ist es notwendig, daß Souhaila Andrawes sich zum Komplex Waffenübergabe äußert und befragt werden kann, um die Geschichte zu entkräften und zu widerlegen. Plötzlich sind alle bemüht, daß hier keine "Zeugenaussagen" gemacht werden - die Nichtaussage von Souhaila Andrawes vor dem Frankfurter Gericht widerlegt *nicht*, die von ihr in Oslo gemachten Aussagen.

... zur Kronzeugenregelung in Hamburg

Für die Prozeßbeobachtung in Hamburg wird nun das Auftreten der norwegischen Bullen wichtig: Hier muß Souhaila Andrawes sich endgültig entscheiden, ob sie Monika Haas be- oder entlastet. Doch anstatt die Bullen vorzuladen, wird die Sache abgekürzt: An einem Prozeßtag, an dem weder Presse noch ZuschauerInnen im Gericht anwesend ist, wird unter Bezugnahme auf die strafmildernden Auswirkungen der Kronzeugenregelung beschlossen, nach einer Pause die Aussagen aus Oslo zu verlesen und ins Protokoll aufzunehmen.
Nach der Pause aber findet die Geschichte doch nicht ganz unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt: Den einleitenden Worten der BAW ist zu entnehmen, daß Souhaila Andrawes noch mit weiteren Aussagen *mindestens zwei andere Personen* (Namen leider unverständlich!) *belastet hat*, wo-



für die BAW eine weitergehende Anwendung der Kronzeugenregelung anregt.
Nachdem die Monika Haas belastenden Aussagen verlesen worden sind, wird Souhaila Andrawes gefragt, ob ihre Angaben stimmen oder ob die Bullen aus Oslo geladen werden müßten, um sie zu bestätigen. Sie bestätigt, diese Aussagen gemacht zu haben. Aus ihrem Verhalten dabei (sie fühlt sich sichtlich unwohl) ist zu schließen, daß ihr die Tragweite dieses Satzes ganz klar ist: *Sie ist zur Verräterin geworden!* ("Verrat" meinen wir nicht im eingeschränkten Sinne von "(Mit-)TäterInnen verraten", sondern selbstverständlich gehört auch das Belasten "Unschuldiger" dazu!)

Kronzeugenprozesse im allgemeinen...

Die Kronzeugenregelung ist im Dezember 1995 für weitere fünf Jahre verlängert worden - wohl auch gerade im Hinblick auf die Verfahren gegen Monika Haas und Souhaila Andrawes. In den vergangenen Jahren ist immer mal wieder grundsätzlich etwas zu diesem "Dealen" mit dem Staat, um sich auf Kosten anderer selbst "freizukaufen", geschrieben worden.

Es bleibt dennoch wichtig, Prozesse gegen KronzeugInnen zu begleiten, um frühzeitig zu erfahren, welche Aussagen gegen welche Leute gemacht worden sind. Dabei kann sich herausstellen, daß mehr Menschen, als zunächst angenommen, durch die Kronzeugin/den Kronzeugen belastet werden. Diese Informationen dann öffentlich zu machen, kann ein wichtiger Schutz für die Betroffenen sein.
Es reicht auch hierbei nicht aus, sich auf die Medien zu verlassen: Oft erscheint die Presse nur zu den "Highlights" des Verfahrens; die sich langweilig dahinziehenden Prozeßtage bleiben oft unbeobachtet. Doch gerade solche Momente sind ideal für Kungeleien zwischen allen Beteiligten dieser Verfahren, ohne daß sie eine Öffentlichkeit befürchten zu müssen.

...und die "verkannte" Kronzeugin

Auch im Verfahren gegen Souhaila Andrawes sind die Medien genau dann nicht anwesend gewesen, als sie stillschweigend die Kronzeugenregelung für sich annimmt. So steht sie u. a. durch die Presseberichte nach außen so da, als ob sie nichts sagen würde, d.h. **offensichtlich ist sie keine Kronzeugin.**

Doch die Realität setzt sich aus vielen Einzelheiten zusammen, die nach und nach die Strategie von BAW, Verteidigung und Souhaila Andrawes selbst offenlegen: Ihr Schweigen vor Gericht schließt die Anwendung der Kronzeugenregelung auf sie nicht aus, die gemachten Aussagen aus Oslo sind - **von ihr unbestritten** - in das Verfahren eingeführt worden. *Trotz ihrer Nichtaussage in Frankfurt bekommt sie den Straferlaß aus der Kronzeugenregelung!*

Gründe für eine Prozeßbegleitung ...

Während der fünf Monate Knast hat Souhaila Andrawes hier aus Hamburg kaum Unterstützung erfahren; es wurde keine (Gegen-) Öffentlichkeit zu ihrem Prozeß aufgebaut.

Zum ersten Prozeßtag kommen neben vielen Schaulustigen einige wenige politisch motivierte Einzelpersonen mit gemischten Gefühlen. Es ist seit ihrer Verhaftung viel über sie geschrieben worden: Sie hätte Aussagen gemacht, sie wäre "irgendwie Kronzeugin" gegen Monika Haas. Dem gegenüber steht das prinzipielle Mißtrauen in die herrschende Berichterstattung und das Wissen über das Zustandekommen von "genehmen Aussagen".
Bei dieser ganzen anfänglichen Unklarheit ist dennoch klar: Das Verfahren gegen Souhaila Andrawes ist von einer politischen Dimension, die es erfordert, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, damit die Herrschenden nicht in aller Ruhe die Geschichte der 70er Jahre ungehindert umschreiben können! So sind z. B. die "DDR-AussteigerInnen" u. a. dazu benutzt worden, die Kämpfe dieser Zeit als unzusammenhängende "Terroraktionen" darzustellen - die politischen Hintergründe und die Kontinuität der Guerilla als Teil des Widerstandes soll ausgeblendet und verleugnet werden.
Es geht um die Geschichte bewaffnet kämpfender Gruppen nicht nur begrenzt auf die BRD, sondern gerade auch in der Zusammenarbeit mit palästinensischen Gruppen - eine Phase des Kampfes, die eben auch hier bislang nur sehr wenig öffentlich (siehe z. B. die RZ-Auseinandersetzung 1991/92) aufgearbeitet worden ist.
Souhaila Andrawes ist nicht wegen *irgendeiner* Aktion von PalästinenserInnen angeklagt, mit der die Linke hier nichts zu tun hat. Die Aktion des Kommando Matyr Halimeh steht im Zusammenhang mit der BRD, schließlich ging es um die Forderung nach Freilassung von Gefangenen hier aus einer gemeinsamen politischen Geschichte. Dies begründet zunächst eine prinzipielle Solidarität ihr gegenüber!

Parallel dazu geht es selbstverständlich auch um die Solidarität gegenüber Monika Haas: Es kann nicht sein, daß Souhaila Andrawes nur aufgrund von Medienberichten als "Verräterin" aufgegeben wird - vielmehr muß sie, gerade nach ihrer Ablehnung im Januar 1996, im Frankfurter Ver-



fahren auszusagen, in ihrer Haltung als NICHT-Kronzeugin unterstützt werden.

... und die Schwierigkeiten damit

In der Regel läuft die schnellste Kommunikation zur Beseitigung von Unklarheiten, zum Aufbau von Unterstützung usw. über die RechtsanwältInnen. Doch schon vor Prozeßbeginn steht fest, daß die bundesdeutschen Anwälte lieber mit der BAW feilschen, als ein politisches Verfahren zu führen: Wandschneider, bereits in der Vergangenheit Kronzeugen-Anwalt und auch schon mal Fascho-Verteidiger, lehnt jede Unterstützung von außen für Souhaila Andrawes ab; Karow, immer im Schatten von Wandschneider, leugnet schlicht jedes Politische an diesem Prozeß.
So bleibt nur der Versuch, die norwegische Anwältin Bache-Wiig als "Sprachrohr" zu nutzen, um die Kronzeugenregelung aus linker Sicht darzustellen, andere Verteidiger aus der BRD zu empfehlen... Dieser Versuch scheitert: Nachdem sich die Schwierigkeiten, miteinander genauer in Kontakt zu kommen, über Wochen erstrecken, wird deutlich, daß sie daran überhaupt nicht interessiert ist.

Inzwischen sickert allmählich bei den ProzeßbeobachterInnen während der Verfahren die Erkenntnis durch, daß eine Kronzeugin ihre belastenden Aussagen gar nicht selbst vor Gericht wiederholen muß. Vor dem Hintergrund, daß Souhaila Andrawes im Prozeß erklärt, daß sie keine Verräterin sein will, jedoch durch AnwältInnen beraten wird, die für sie die Anwendung der Kronzeugenregelung anstreben, soll verhindert werden, daß sie aus Unwissenheit Monika Haas belastet: Es muß ihr vermittelt werden, daß sie ihre Aussagen aus Oslo explizit und begründet zurücknehmen muß.
Die Einschätzung der unwissenden, schlecht beratenen Angeklagten/Zeugin mag inzwischen als naiv belächelt werden, doch es wird noch einmal ein Versuch unternommen, über Dritte mit ihr in Kontakt zu kommen. Vor dem Hintergrund ihrer Erklärung im Gericht, daß und warum sie die Kronzeugenregelung für sich ablehnt, muß sie erfahren, daß sie ihre Aussagen aus Oslo gegen Monika Haas formal zurücknehmen muß, um sie nicht zu belasten. Auch dieser Versuch mißlingt - inzwischen hat Souhaila Andrawes durch das Gericht diese Anwendung der Kronzeugenregelung nicht nur erklärt bekommen, sondern auch für sich in Anspruch genommen.

Aus Fehlern lernen?!

Es bleibt sinnvoll und den Versuch wert, einen Menschen davon abzuhalten, durch Inanspruchnahme der Kronzeugenregelung andere zu belasten! Dies sollte allerdings ***vor*** dem Prozeßbeginn gegen die potentielle Kronzeugin stattfinden!

Die Unterstützung hätte früher beginnen müssen

Um Souhaila Andrawes hat sich die Linke hier (wenn überhaupt) erst viel zu spät gekümmert: Gleich nach den ersten Presseberichten im Herbst 1994, seit sie zum ersten Mal eingefahren ist, war zu erwarten, daß sie möglicherweise ausgeliefert wird.
Das Verhältnis zur Geschichte von 1977, zu dem Verfahren gegen Monika Haas und zu diesem Verfahren hätte mindestens da geklärt werden müssen. Souhaila Andrawes hätte ein Angebot gemacht werden müssen: Daß sie unterstützt werden wird, wenn sie die ihr angebotene Kronzeugenregelung ablehnt, daß sie hier nicht allein gelassen wird, daß sich um vertrauensvolle RechtsanwältInnen gekümmert wird usw.
Spätestens nach ihrer Einknastung in Hamburg im Dezember 1995 hätte sie Unterstützung angeboten bekommen müssen. Nicht nur die ProzeßzuschauerInnen standen irgendwann unter Zeitdruck - auch Souhaila Andrawes ist die Zeit weggerannt, sich zu verhalten.
Entweder es wäre noch zu verhindern gewesen, daß sie als Kronzeugin Monika Haas belastet, oder es wäre wesentlich früher klar gewesen, daß sie keine Unterstützung erhält!

Im Prozeßsaal bleibt nur, zu hoffen...

Es ist viel zu spät, sich erst während des Prozesses von Souhaila Andrawes genauer mit den beiden Verfahren zu beschäftigen. Die Grundlage, um Souhaila Andrawes einschätzen zu können, besteht so nur aus ihren Erklärungen und Aussagen im Gericht - sie stellt sich so da, daß sie keine Kronzeugin abgeben wolle.
So werden ihre Äußerungen, wie z. B. daß sie ihre Aussagen zurücknehme, völlig unkritisch und erleichtert aufgenommen, ohne den doppelten Boden zu erkennen, der es BAW, Verteidigung, Gericht und natürlich ihr selbst ermöglicht, ihr auf Kosten von Monika Haas den Kronzeugenbonus zu verschaffen.
Dieses Spiel, das von den ProzeßbeobachterInnen in Frankfurt bereits wesentlich früher durchschaut wurde, ist ZuschauerInnen in Hamburg erst endgültig durch die explizite Einführung der Osloer Aussagen als strafmildernd klar.
Es fehlte Klarheit und die dazugehörigen Leute, um im Gerichtssaal Einfluß nehmen zu können!

Hamburg, November 1996



Eine Gruppe von ProzeßbeobachterInnen c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Dies ist ein offener Brief an Matthes, der seit dem 13.6.95 abgetaucht ist.

Hallo Matthes!

Erstmal einen schönen Gruß aus Bremen. Wir hoffen, daß es Dir gut geht. Wenn wir die ganze Zeit nichts von uns hören ließen, heißt das nicht, daß Du vergessen bist.

Du bist und bleibst Teil unserer Struktur, auch wenn Du weg bist. Daß das für Dich z.Z. wegen fehlender Kommunikation, öffentlicher Diskussion und Äußerungen nicht so erkennbar ist, ist uns klar. Diesen Zustand zu beenden war u.a. Anlaß für uns, diesen Brief zu schreiben. Deshalb hoffen wir, daß Du Dich in Deiner jetzigen Situation in der Lage siehst, (nicht nur) auf ein paar Fragen einzugehen, die wir an Dich haben.

Zuerst wollen wir Dir kurz schildern, was sich bei uns in den letzten 16 Monaten getan hat; denn da es bisher nunmal keine öffentlichen Äußerungen von uns gegeben hat, müssen wir am Punkt Null beginnen, besser gesagt am 13.6.1995.

Als nach den Razzien vom 13.6. klar war, daß Du den Schergen entwischen konntest, haben wir uns natürlich gefreut. Auch wenn diese Freude zwiespältig war. Daß Du nicht in den Knast mußtest war natürlich toll. Aber gleichzeitig waren auf einmal Leute aus unserer näheren Umgebung weg, abgetaucht. Diese Situation war uns allen neu.

Dazu kam eine totale Unsicherheit über die Dimension des Ganzen, d.h. wie hoch die BAW das Verfahren hängt und -damit verbunden- wie lange Du wegbleibst, oder ob Du überhaupt wiederkommst.

Es zeigte sich, daß das Wissen über Repression zwar theoretisch in unseren Köpfen drin war, aber die Realität, als wir direkt und indirekt davon betroffen waren, uns überrollt hat. Unsere Reaktion bestand darin, sich abgeklärt zu geben und individuell mit der Situation umzugehen, anstatt über vorhandene Ängste und Unsicherheiten zu reden. Es gab so gut wie keine gemeinsamen Überlegungen, wie wir den Abgetauchten helfen könnten. Und allein schon das Reden über die nun Illegalen kam uns subversiv vor.

Auch gab und gibt es kaum Diskussionen zum Abtauchen, auf die wir zurückgreifen konnten. Weder zu den Abgetauchten im Startbahn-Verfahren, noch zu denen im Strobl-Verfahren. Einzig während des Kaindl-Verfahrens wurde das Abtauchen Thema.

Leute im Knast scheinen in dieser Hinsicht die "besseren Karten" für einen solidarischen Umgang zu haben (bei aller nötigen Kritik an fehlender Unterstützung Eingeknasteter). So galt in diesem Verfahren fast die gesamte Solidarität den vier "radikal"-Gefangenen. Die Abgetauchten waren eine Fußnote, eine Grußadresse.

Auch als Ulf aus Bremen wegen Aussageverweigerung in Beugehaft mußte, fand dazu einiges an Arbeit statt. Es war eben "einfacher" dazu zu arbeiten. Da Ulf ein Mitbewohner von Dir war und auch zu Aussagen über Dich erpreßt werden sollte, gab es für Dich bestimmt einen besonderen Umgang damit.

Abtauchen ist kein Pappenstiel. Gerade am Anfang ist es sicher bitter für Abgetauchte, überhaupt kein Echo aus der "fernen Heimat" zu bekommen. Deshalb dürfen Abtauchen und Leben in der Illegalität nicht länger Mythos und Tabu sein. Es sind konkrete Probleme, denen auch hier in der BRD tausende von illegalisierten MigrantInnen gegenüberstehen. Allerdings ist das Abtauchen auch eine Möglichkeit, der Repression etwas entgegenzusetzen. Daher wäre es (nicht nur für uns) interessant, wenn Du von den Erfahrungen und Problemen schreiben könntest, die Du als Illegaler gemacht hast.

Eine neue Notwendigkeit, das Abtauchen zu thematisieren und Deine Situation wieder ins Bewußtsein zu rufen, ergibt sich durch das Auftauchen der drei Ex-Flüchtigen Jutta, Uli und Glosch vor knapp 4 Monaten.

Du hast Dich als einziger der 4 Abgtauchten im "radikal"-Verfahren entschieden, weiterhin abgetaucht zu bleiben. Zum einen stellt sich für uns natürlich die Frage, was Deine Gründe waren, Dich nicht zu stellen.

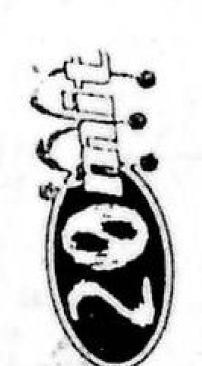
Zum andern bedeutet Deine jetzige (veränderte?) Situation, alleiniger Abgetauchter zu sein, ja auch, daß Du zu einer Person geworden bist, zu der gearbeitet wird und deren Name bekannt geworden ist. Wie sieht Deine Umgang damit aus, nicht mehr "anonym" in der Szene herumzuwurschteln?

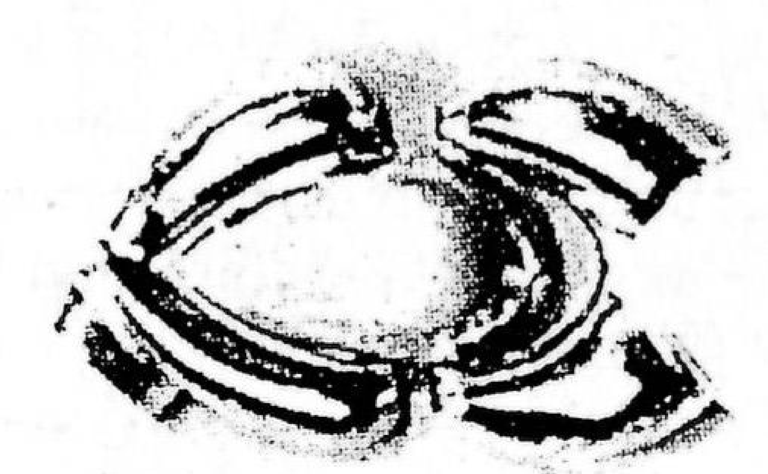
Wir sehen das Problem, lange Zeit woanders zu sein und sich dennoch auf die Probleme und aktuellen Sachen einzulassen, die hier abgehen - da Du Dich bestimmt auch mit den Sachen auseinandersetzen willst, die bei Dir abgehen. Aber wir hoffen die Kluft ist nicht so groß.

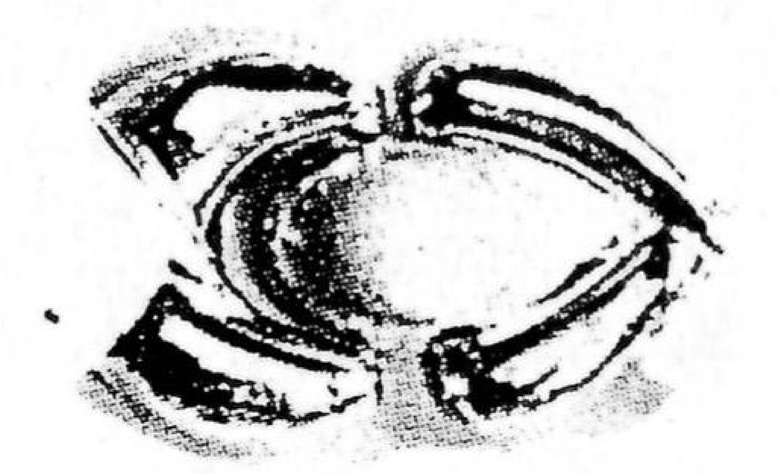
Soweit erstmal unsere Einschätzungen und Fragen. Zum einen machen wir das hier öffentlich, weil immer noch sehr wenig über konkrete Probleme gesprochen wird und die Folgen für einige, in diesem Fall für Dich, ziemlich beschissen sind. Zum andern wollen wir, daß Du durch diesen Brief auch trotz Deines Abtauchens an einer öffentlichen Auseinandersetzung teilhaben kannst und auch Deine Meinung zu einzelnen Sachen sagst oder Fragen aufwirfst.

Desweiteren werden wir versuchen, Dich so gut es geht zu unterstützen; egal ob Du weiterhin wegbleibst oder wiederkommst.

Infoladen Umschlagplatz
Bremen, Oktober 1996.







SCHARF GESCHOSSEN UND DOCH DANEBEN

- Eine Reaktion auf den Interim - Artikel (Nr. 394) der autonomen CastorgegnerInnen

In eurem Papier schreibt ihr, dass die Bombenattrappe der „FauenLesben Gruppe gegen Glühbirnen" absolut daneben gewessen sei. Was heißt hier absolut ? Wir sehen dies ein wenig differenzierter und wollen euch hiermit kurz antworten.
Ihr schreibt: **„Diese Attrappe verbreitet Angst - eine Angst davor, das mein Leben in Gefahr ist."**
Wir denken, dass das so nicht stimmt. Wenn man/frau eine Attrappe an einem Bahnhof plaziert, tut man/frau das in der Regel an Stellen, wo sie nicht sofort sichtbar sind - schon aus Gründen des eigenen Selbschutzes heraus. Von daher wird erstmals keine Angst erzeugt, da die Attrappe nicht kenntlich ist.
Diese Attrappe wird erst durch einen telefonischen Anruf bei der DB kenntlich gemacht und damit bei den RICHTIGEN ! Daraufhin wird der Bahnhof abgesperrt, bei den unmittelbaren Durchsagen aber wird nie das Wort eines Bombenalarms erwähnt ! Dies schon allein aus dem einfachen Grund Panik zu vermeiden.
Erst in der Medienberichterstattung kommt die Bombenattrappe dann vor. Und hier liegt nun wirklich ein Problem. Durch die unklare praktische Bestimmung der Aktion, können nun die Medien diese nach hinten losgehen lassen, den Anti-Akw-Widerstand als ein Mittel gegen die Menschen umbennen (Gefährdung Unbeteiligter etc.). Mit welcher Aktion aber ist dies nicht so ? Kein Konstrukt ist diesem Apparat zu billig, wenn es politisch opportun erscheint.
Die Aktion an sich ist aber **„erst einmal > NICHT (!) (Einfügung von uns) < Glas klar gegen die BesucherInnen des Bahnhofs gerichtet."** Der Aktion der FrauenLesben Gruppe noch mit der „neofaschistischen Tradition" von „Bombenanschlägen auf Bahnhöfe" nachzutreten finden wir daneben. Es handelte sich um eine Bombenattrappe und um nicht mehr !
Ihr schreibt dann noch: „Die gleiche Kritik und Forderung richtet sich auch an alle anderen Gruppen, die in der Vergangenheit mit Bombenattrappen zum Beispiel an Bahnstrecken gearbeitet haben, laßt es sein !"
Dies sehen wir nun wirklich ganz anders. Bombenattrappen an den Bahnstrecken bewirken die Verzögerung des Bahnverkehrs, sind damit ein Mittel um in die Infrastruktur direkt einzugreifen. Über telefonische Nachricht werden die Strecken schon vorzeitig abgesperrt. Vorzeitige Absperrung bedeutet ja gerade, dass die Gefärdung Unbeteiligter damit ausgeschlossen ist.
Die Medien können diese Aktionsform leichter denunzieren als andere. Das ist richtig. Nur ist die Frage, ob wir unsere Politik völlig darauf ausrichten sollten. Den Zeitpunkt bestimmt der Apparat, wann, wo und mit welcher Intensität Aktionen verdreht werden, dass mensch sie nicht mehr wieder erkennt.Sie finden immer einen Weg - demnach sind bürgerliche Medien kein Gradmesser für die Legetimation militanter Politik ! Dies bestimmen erst einmal wir. Von daher können wir die scharfe Ablehnung der autonomen CastorgegnerInnen nicht nachvollziehen. Wir sehen diese Aktionform auch als problematisch, an Bahnhöfen evtl. nicht als das geeigneteste Mittel, werden uns aber nicht distanzieren.
An Bahnstrecken sehen wir diese Aktionsform für den Tag an dem der Castor rollert als gerchtfertigtan, für die anderen Tage unter genauer Bestimmung auch (Anrufe bei DB, Plakate gg. Castor vor Ort, weitgehende Absperrung durch gut sichtbare Bänder etc.., unsererseits).
Für die Strecke zum Verladekran, die nur für den Castor-Transport vorgesehen ist, gilt dies ausdrücklich nicht. Hier sind solche und andere Aktionen jederzeit legetim. Mensch kann hier seiner Phantasie freien Lauf lassen, was ja auch schon beispielhaft demonstriert wurde in der letzten Zeit.An diesem Streckenabschnitt sind auch Sprengstoffanschläge, wie am 27.4. geschehen (Tschernobyl-Gedenktag, 40.000 DM Sachschaden) absolut begrüßenswert und noch dazu ein geeignetes Mittel um Brücken zu sprengen, was damals wohl leider nicht gelang.
Zum Schluß noch, das eine : Durch eine abgerissene Oberleitung wurde vor kurzem ein Lockführer verletzt. Er saß in einem entgegenkommenden Zug, der durch Zufall zeitgleich mit der abgerissenen Oberleitung kolledierte.Wir schlagen für die Gruppen, die in Zukunft Anschläge auf Oberleitungen planen vor, auf die Fahrzeiten der Züge zu achten, d.h. konkret immer nur da ´ne Hackenkralle zu plazieren, wo nur ein Zug in einer Fahrtrichtung kommt. Da die Oberleitungen, wenn sie überhaupt reißen, erst hinter dem Zug runterfallen, kann damit verhindert werden, daß dies zum Verhängnis für einen entgegenkommenden Zug wird !

In diesem Sinne : **KEIN FRIEDE MIT DEN OBERLEITUNGEN !**

München den 28.10.

NO SURRENDER !
Das patriachal - kapitalistische System zerschlagen ! Verschiedene Orte - ein Kampf !

Wir bitten um Recherche.

In der Nacht zum 22. Oktober gab es in Norddeutschland Anschläge auf Bahnlinien. Dabei wurde ein Lokführer eines offensichtlich auf dem Nebengleis entgegenkommenden Zuges verletzt, als irgend etwas die Frontscheibe durchschlug. Der Presse ist zu entnehmen, das bei den Aktionen Hakenkrallen verwendet wurden.

Wir finden die Tatsache des verletzten Lokführers sehr bedauerlich und bitten um eine Aufklärung darüber, wie es zu diesem Unfall kommen konnte. Wir sind bisher immer davon ausgegangen, daß bei der Verwendung von Hakenkrallen eine Gefahr für Personen im Zug weitgehend ausgeschlossen ist.

Diese Bitte richtet sich erst einmal an alle, vor allem in Norddeutschland, die sich durch Fotos, Fernsehen, Presseberichte, Augenschein oder sonstiges ein näheres Bild von dem technischen Ablauf des Unfallhergangs machen konnten.

die technische Abteilung

Norddeutschland

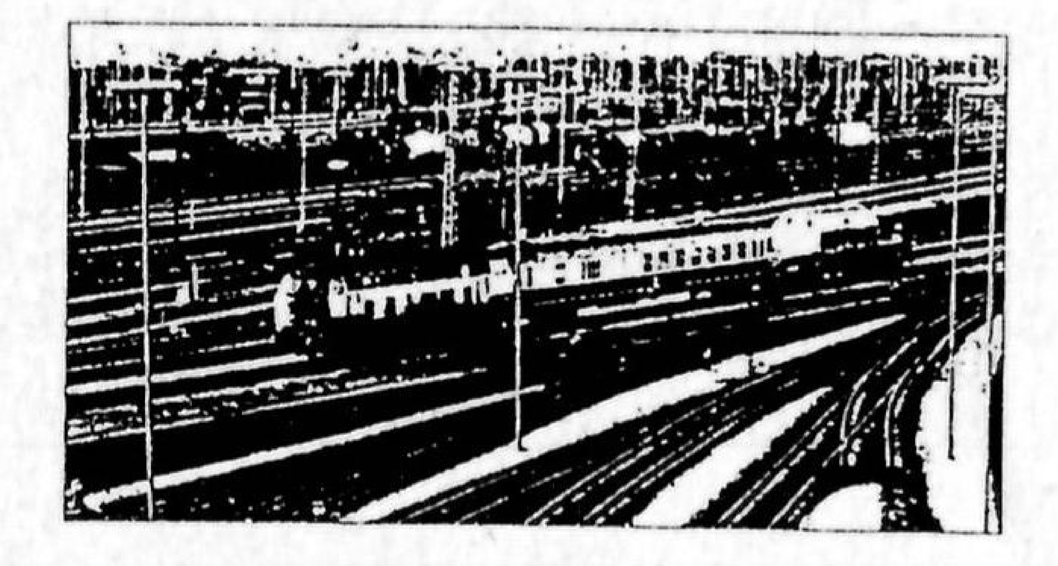
Lokführer bei neuen Bahn-Anschlägen verletzt

HANNOVER/KIEL, 23. Oktober (ap). In Norddeutschland sind am Mittwoch morgen erneut zwei Anschläge auf Bahnstrecken verübt worden. Dabei wurde ein Lokführer verletzt, der Zugverkehr zwischen Hamburg und Bremen sowie Hamburg und Kiel kam weitgehend zum Erliegen. Wie niedersächsische Behörden mitteilten, kam ein in Richtung Bremen fahrender Zug auf der Strecke zwischen Hamburg-Harburg und Buchholz offenbar durch eine Hakenkralle zum Stillstand. Ein umgestürzter Querträger durchschlug die Frontscheibe der Lokomotive eines entgegenkommenden Güterzuges, so daß der Lokführer verletzt wurde.

Bereits eine Stunde zuvor war ein Anschlag auf der Strecke Neumünster-Brockstedt in Schleswig-Holstein verübt worden. Am Mittwoch gab es keine konkreten Täterhinweise. Die Polizei verdächtigt aber militante Gegner der Castor-Atomtransporte nach Gorleben.

Deutsche Bahn DB

Kundeninformation Strahlenschutz.



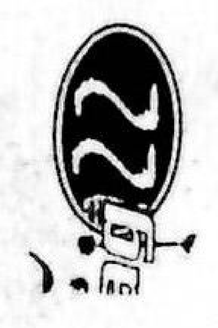
Sehr verehrte Fahrgäste!

Natürlich sind wir sehr bemüht, Ihre Reise so bequem und vor allem sicher wie möglich zu gestalten.

Wie Sie sicherlich aus der Presse entnommen haben, hat sich die Deutsche Bahn AG entschlossen, bis auf weiteres Transporte von Spaltprodukten durchzuführen.

In vielen Bahnhöfen, die Sie auf Ihrer Fahrt passieren, werden Atommüllbehälter umrangiert. Hin und wieder läßt sich eine Verweildauer von einigen Stunden nicht vermeiden.

Wir möchten Sie bitten, die im folgenden aufgeführten Sicherheitsanweisungen zu beachten.



Verhaltensregeln bei einem Zwischenfall

Sollte sich einmal trotz der hohen Sicherheitsvorkehrungen bei einem Atomtransport etwas Unvorhergesehenes und möglicherweise Gefährliches ereignen, beachten Sie bitte folgendes:

1. Ruhe bewahren.

Geraten Sie nicht in Panik, sondern handeln Sie möglichst ruhig und überlegt. Wirken Sie beruhigend auf andere ein.

2. Deckung suchen.

Suchen Sie Schutz unter den Tischen oder - falls kein Tisch vorhanden sein sollte - unter Ihrem Sitz. Schirmen Sie sich und vor allem Ihren Kopf mit Gepäckstücken, Aktentaschen oder großformatigen Büchern ab und schützen Sie Kinder und Haustiere mit Ihrem Körper.

3. Den Raum abdichten.

Halten Sie unbedingt Fenster und Türen geschlossen und dichten Sie die Lüftung mit Kleidungsstücken und ähnlichem ab.

Ziehen Sie alle vorhandenen Vorhänge zu.

Dies ist auf jeden Fall wichtiger als die Sauerstoffzufuhr!

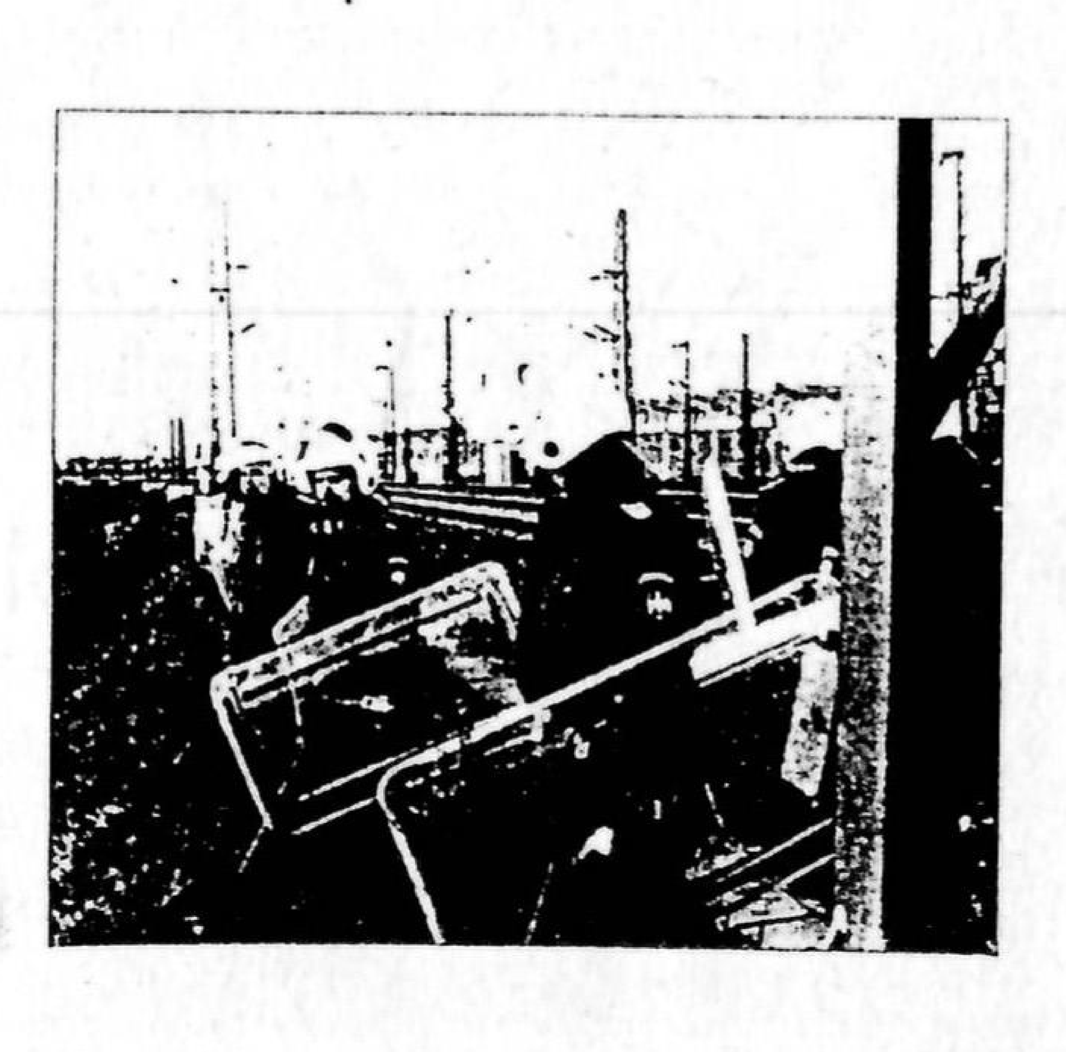
4. Anweisungen abwarten.

Bleiben Sie ruhig und warten Sie auf die Anweisungen unseres Bahnpersonals. Ihnen ist unbedingt Folge zu leisten.

5. Abgrenzung des Unfallgebietes.

Verlassen Sie auf gar keinen Fall ohne ausdrückliche Genehmigung das von Sicherheitskräften abgegrenzte Gebiet.

Denn sollten verstrahlte Personen, Gegenstände oder Kleidungsstücke das unmittelbare Unfallgebiet verlassen, so wird dadurch nur die radioaktive Verseuchung ausgedehnt. Es wäre nach einem solchen Zwischenfall auch sinnlos, dies zu versuchen, da das als Unfallort definierte Gebiet von bewaffneten Sicherheitskräften des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr abgeriegelt wird. Diese Einsatzkräfte machen im Notfall, so wie es heutige Katastrophenschutzpläne für radioaktiv kontaminierte Regionen vorschreiben, von der Schußwaffe Gebrauch.



Sicherung der Atomtransporte am Beispiel von Castor-Transportbehältern.

Zwar hält zum Beispiel ein Castor-Behälter einen Frontalaufprall mit bis zu 80 km/h aus, doch bereits bei Temperaturen von 800 °C - die der an einen Aufprall anschließende Brand ohne weiteres erreichen kann - ist die Schutzhülle nicht mehr ausreichend sicher.

Auch mit einer leichten Panzerfaust - wie vom TÜV in einer speziellen Versuchsreihe getestet - läßt sich der Mantel problemlos durchschlagen, ganz zu schweigen von schweren Geschossen.

Sollten Sie durch den Inhalt dieser Broschüre zu dem Schluß gelangt sein, daß weder die Transportsicherung noch die Katastrophenschutzpläne ausreichend sind - dann liegen Sie vollkommen richtig!

Daher ist es durchaus möglich, daß ein Träger oder Pfeiler, auf den der Behälter stürzt, diesen durchbohrt. Ferner haben offizielle Testreihen erwiesen, daß die Sicherheit grundsätzlich nur bis zu einer Fallhöhe von 9 m gewährleistet ist.

Ein Blick aus dem Fenster wird Ihnen zeigen, daß einige Brücken, die Sie passieren, wesentlich höher gebaut sind.

Denn ein Restrisiko bleibt immer, und wenn einmal etwas passiert ist, führt kein Weg mehr zurück.

Deshalb gibt es nur eine wirklich wirksame Schutzmaßnahme: Setzen Sie sich für einen Ausstieg aus der Atomenergie ein, stellen Sie sich quer!

Falls Sie weitere Fragen, Anregungen oder Beschwerden haben, rufen Sie uns an:

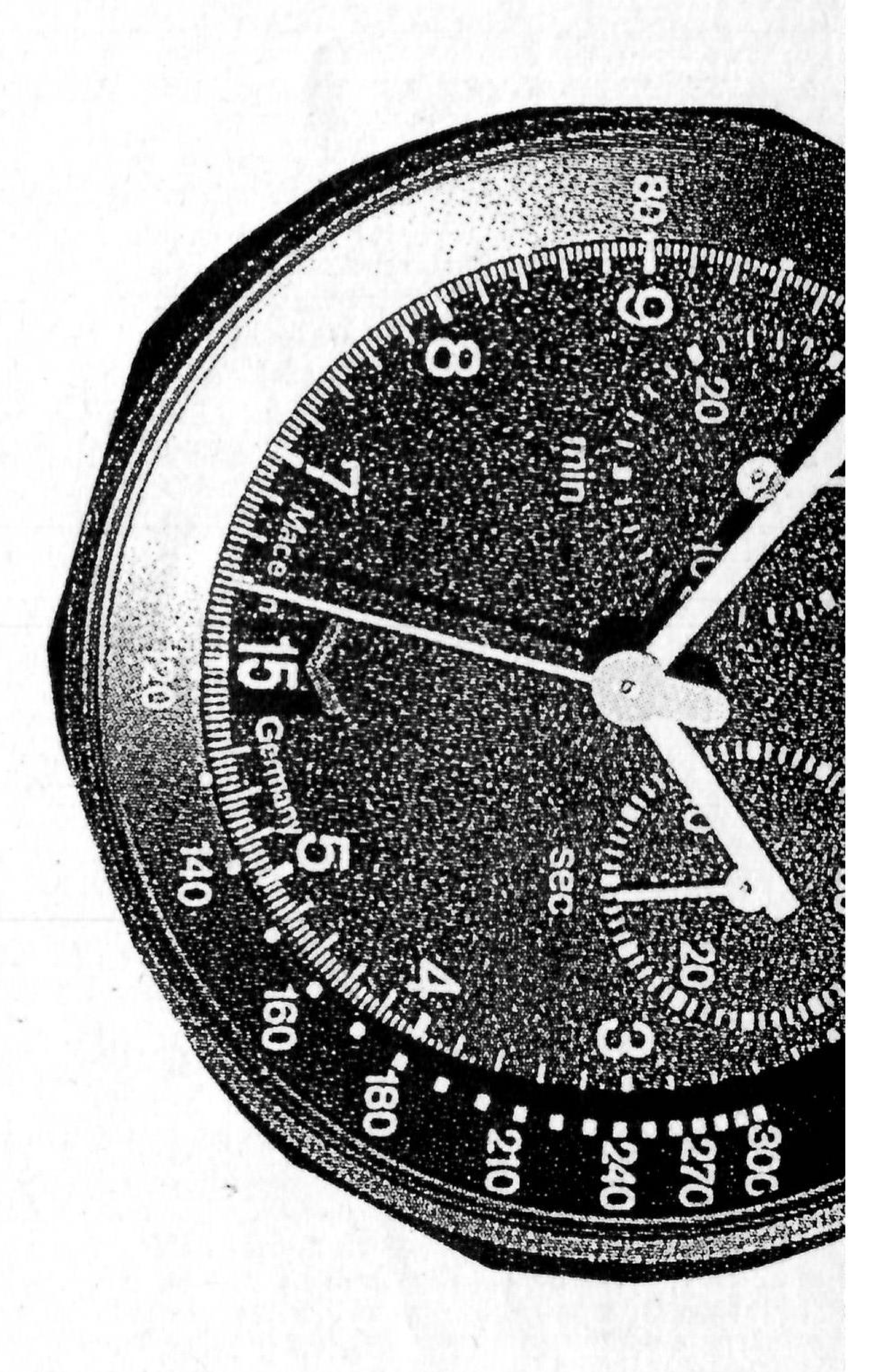
Info-Hotline : 0511/ 286 42 44

Unternehmen statt Zukunft Deutsche Bahn 

Presseerklärung zum 3.11.1996

AtomkraftgegnerInnen legten eine neue „Kundeninformation Strahlenschutz"seit Anfang November bundesweit an den Servicepoints und in vielen Zügen der Deutschen Bahn AG aus. In dieser täuschend echt wirkenden Imitation wird im Namen der Bahn auf die Risiken eines Castor-Transports aufmerksam gemacht sowie Verhaltensregeln im Falle eines atomaren Unfalls während des Zugverkehr aufgestellt.
In der Broschüre ist beispielsweise empfohlen unter den Tischen und Sitzen Schutz vor radioaktiver Strahlung zu suchen. Da sich diese Empfehlungen schnell als vorsinnflutliche Aufklärungslyrik entpuppen, werden zum Abschluß die Bahnreisenden zu der einzig wirksamen Schutzmaßnahme vor der atomaren Bedrohung aufgefordert: „Setzen Sie sich für den Ausstieg aus der Atomindustrie ein! Stellen Sie sich Quer!"

Zukünftig wollen die AtomkraftgegnerInnen mit derartigen Aktionen die KundInnen der Deutschen Bahn AG mobilisieren und mit ihnen neue Weichen für eine strahlenfreie Zukunft stellen.

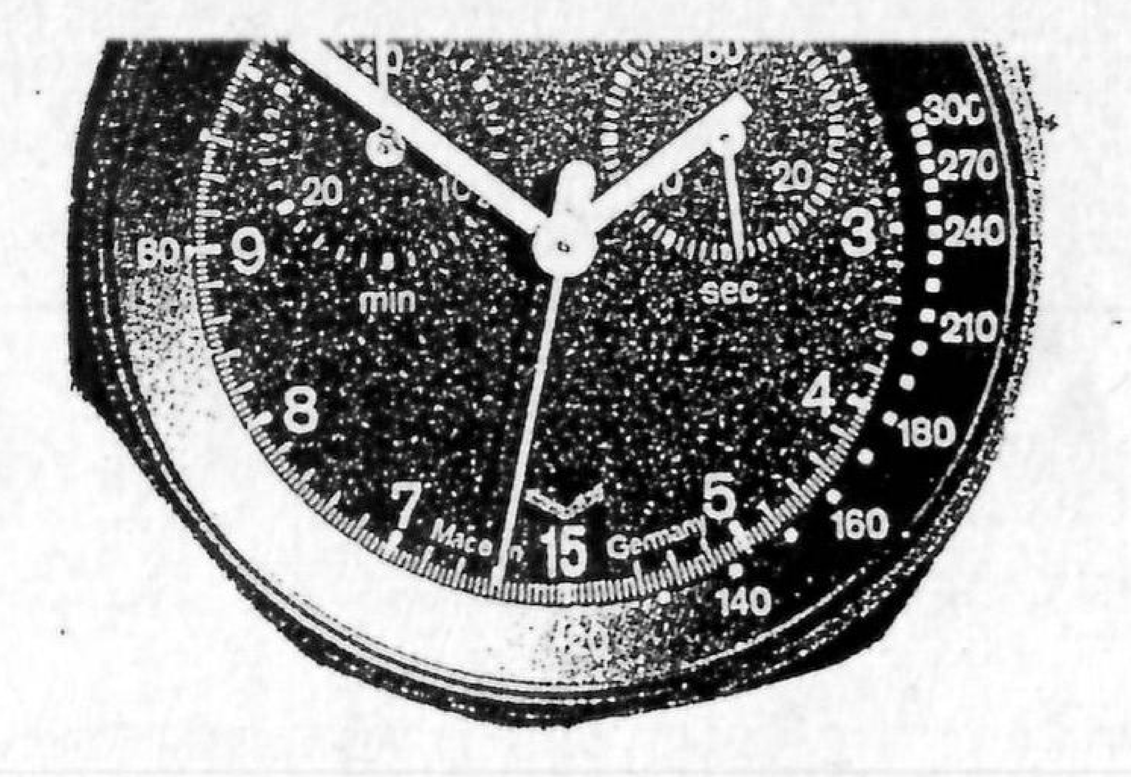


Unternehmmen statt Zukunft: Bahnreisende werden mit Risiken der Atomwirtschaft konfrontiert!

Da die Deutsche Bahn AG zu den wichtigsten Transportunternehmen der Atomindustrie zählt, hat sich seit dem ersten November-Wochenende ein weiteres Kundeninformationsblatt in die Publikationen der Bahn eingereiht. In der 'Kundeninformation Strahlenschutz' wird im Namen der Deutschen Bundesbahn zu dem Transport von Spaltprodukten Stellung bezogen und ebenfalls daraufhin gewiesen, daß auf zahlreichen Bahnhöfen Behälter mit radioaktiven Stoffen 'zwischengelagert' und umrangiert werden.
Damit sich die Bahnreisenden ein eigenes Bild von dem Gefahrenpotential dieser Transporte machen können, werden die Risiken eines CASTOR-Transportes näher beleuchtet. Diese Behälter für abgebrannte Brennelemente sind beispielsweise nur für einen Brand bis zu einer Temperatur von 800°C gerüstet, die Schutzhülle ist bei höher temperierten Bränden, die infolge von Unfällen entstehen können, jedoch nicht mehr ausreichend. Ferner haben offizielle Testreihen erwiesen, daß die Sicherheit grundsätzlich nur bis zu einer Fallhöhe von 9 m gewährleistet ist. Bezüglich dieser technischen Daten ist folgendes in der Kundeninformation zu lesen: „Ein Blick aus dem Fenster wird Ihnen zeigen, daß einige Brücken, die sie passieren, wesentlich höher gebaut sind."
Doch welche Schlüsse sollen wohlinformierte Bahnreisende daraus ziehen? Dazu sind fünf Verhaltensregeln aufgelistet. Geraten wird bei einem nicht auszuschließenden Unfall beispielsweise das Abteil mit Gardinen abzuschirmen oder Schutz unter Tischen, falls nicht vorhanden unter Sitzbänken oder Koffern zu suchen. Die Bahn scheint darüberhinaus auch Informationen zu Katastrophenschutzplänen gesammelt zu haben. Denn: Natürlich ist das Verlassen des Unfallortes strengstens untersagt. Sicherheitskräfte werden dieses zu verhindern wissen, damit radioaktiv verseuchte Personen die Strahlung nicht über das radioaktiv kontaminierte Gebiet hinaustragen.

Nicht nur die Verhaltensmaßregeln und Schutzbestimmungen erscheinen irrwitzig, auch dieses Informationsblatt kann nicht im Sinne des „Unternehmen Zukunft" sein und läßt sich schnell als Imitation entlarven.. Denn: Die Bahn AG versucht ihre Mittäterschaft an der hiesigen Atomindustrie möglichst zu verschleiern. Atomtransporte werden unzureichend gekennzeichnet und Risiken von der Hand gewiesen. Auch bei der Aktiengesellschaft Deutsche Bahn AG gelten die Grundsätze der Profitmaximierung und damit wird die Achtung menschlichen Lebens hintenangestellt. Bestärkt wird dieses noch durch die personellen Überschneidungen von Transportunternehmens und Betreibern von Atomanlagen, so ist ein Mitglied des Aufsichtsrats der Bahn AG auch ein Vorstandsmitglied bei dem Atomkonzern VEBA sowie im SIEMENS-Aufsichtsrat.
Daß es sich bei der „Kundeninformation Strahlenschutz" um eine Fälschung handelt, wird am Ende des Blattes deutlich, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, daß es nur eine wirklich wirksame Schutzmaßnahme gibt: „Setzen Sie sich für einen Ausstieg aus der Atomindustrie ein. Stellen Sie sich Quer!"
Auch wir rufen alle Menschen auf, den ihnen möglichen Widerstand gegen die Machenschaften der Atomindustrie zu leisten! Als Kunde der Deutschen Bahn AG gilt es diese zu eienem Transportboykott von radioaktiven Stoffen zu zwingen und die Rolle des Unternehmens in der Atomindustrie transparent zu machen.







Castor-Protest

100 Automaten beschädigt

Aus Protest gegen die Castor-Transporte verbrauchter Nuklear-Brennstäbe auf der Schiene haben Unbekannte in der Nacht zum Dienstag die Einwurf- und Ausgabeschlitze von rund 100 Fahrkartenautomaten auf S-Bahnhöfen im Rhein-Main-Gebiet mit Montageschaum zugespritzt. An fünf der RMV-Automaten hatten die Täter Aufkleber beziehungsweise Sprühparolen mit dem Slogan „Stoppt Castor" angebracht.

Wie der Leiter des Bahnpolizeiamtes Frankfurt, Günter Engel, erklärte, wurden an über 30 Bahnhöfen Apparate vorübergehend unbrauchbar gemacht. Betroffen sind die S-Bahn-Strecken nach Wiesbaden, Groß-Gerau, Offenbach und in angrenzende Landkreise, ferner fast alle Automaten auf der Strecke zwischen Walldorf und Frankfurt-Mainkur. Nach Angaben Engels benutzten die Täter einen braunen Montageschaum, ... bei Bauarbeiten zum Verdichten verwendet wird und beim Sprühen um das Sechsfache vergrößert und hart wird.

S-Bahn-Kunden ohne Fahrkarte hätten im morgendlichen Berufsverkehr selbstverständlich kein erhöhtes Beförderungsentgelt zahlen müssen, beteuerte der Bahnpolizei-Chef. Schließlich seien die Kontrolleure über die Anschläge informiert gewesen.

Im Bereich der Frankfurter Stadtwerke wurde lediglich ein Fahrkartenautomat an der Straßenbahnhaltestelle Louisa beschädigt, wie ein Sprecher des Verkehrsunternehmens am Morgen sagte.

Erst am Dienstag nachmittag hatten die Techniker der Bahn AG einen vollkommenen Überblick über den Grad der Beschädigungen an den Automaten. Wie Bahn-Sprecher Nikolaus Jöckel sagte, könnten sie wohl repariert werden, aber es sei nötig, sämtliche Münzapparaturen auszuwechseln. Dieser Austausch werde mindestens zwei Wochen dauern. Für diese Zeit seien die Zugbegleiter angewiesen worden, anders als sonst, in den S-Bahn-Zügen Fahrscheine zu verkaufen. Den entstandenen Schaden an den Automaten bezifferte Jöckel auf rund 150 000 Mark.

Nicht auf einen Anschlag zurückzuführen waren am frühen Dienstag morgen Fahrstromausfälle auf den Strecken Bad Nauheim—Butzbach und Karben—Niederwöllstadt, die Zugverspätungen bis zu eineinhalb Stunden zur Folge hatten.

Hatte man bei der Bahn AG zunächst vermutet, Unbekannte hätten gegen 5.30 Uhr Müllsäcke auf die Oberleitungen geworfen, stellte sich schon bald heraus, daß zwei nicht genügend festgezurrte Planen eines Güterwagens an zwei Stellen auf die Oberleitungen geschleudert worden waren. enk

Stromverteiler zerstört

lr **Nebenstedt.** Unbekannte Täter haben am Sonnabend gegen 3 Uhr früh bei Nebenstedt einen Stromverteiler zerstört. Sie benutzten dabei einen Brandbeschleuniger. Die Folge war, daß in Splietau für kurze Zeit der Strom ausfiel. Die Polizei hat noch keine Hinweise auf die Täter.

Durchschlag gefeiert

Gorleben. Die Fertigsstellung der unterirdischen Verbindung zwischen den Schächten des Endlagerbergwerks Gorleben feierte gestern die DBE. Für Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bestand Gelegenheit zur Besichtigung.

Polizisten-Prozeß ergab:

Verfallsdatum war lange abgelaufen

as **Dannenberg.** Das Verfallsdatum der CN-Gaspatrone, die der Hauptkommissar aus dem Raum Winsen Ende April 1995 in Gorleben eingesetzt hat, trug das Verfallsdatum vom vierten Quartal 1990. Das wurde im Prozeß vor dem Dannenberger Amtsgericht deutlich (siehe Bericht oben).

„Ich hätte die Patrone schon längst austauschen müssen", verwies der Beamte darauf, daß es sonst üblich sei, daß die Dienststelle die Beamten dazu auffordere, das Reizstoffsprühgerät als Teil der persönlichen Ausrüstung zu überprüfen. Das sei aber nicht geschehen. In seinem Teilzug habe kein Beamter das Verfallsdatum der Gaspatronen überprüft.

„Die Gaspatronen sind eigentlich regelmäßig abgelaufen, schon bei der Neuausgabe", berichtete eine junge Beamtin dem Richter. Ob das CN-Gas nach dem Verfallsdatum überhaupt noch seine Tränengaswirkung entwickelt oder ganz andere Folgen auslöst, das blieb in der Gerichtsverhandlung offen.

CASTOR kommt nicht durch





Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Nach dem brutalen Angriff der Polizei auf eine antifaschistische Demonstration gegen das faschistische Zentrum Hetendorf 13 stehen im November AntifaschistInnen wegen des Vorwurfs des Landfriedensbruchs in Wolfsburg vor Gericht. Das Vorgehen des Staates zeigt wieder einmal deutlich, welche die Interessen des deutschen Staates sind: Die Faschisten zu schützen und den antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren und zu spalten in „gute" und „böse" AntifaschistInnen.

Vom 16.06. bis zum 23.06.1996 fand im Landkreis Celle in der Ortschaft Hetendorf 13 die „6. Hetendorfer Tagungswoche" statt. Die „Hetendorfer Tagungswoche" hat durch ihre strömungsübergreifende Ausrichtung über das gesamte faschistische Lager eine besondere Bedeutung für die Faschisten. Wichtige Vertreterinnen und Vertreter faschistischer Parteien und Organisationen referieren und diskutieren dort eine Woche lang über Kernthemen faschistischer Ideologie (wie z.B. "die Rassen der Menschheit und ihre seelischen Wesenszüge"). Umrahmt wird die Woche von "heidnischer Brauchtumspflege" wie germanischen Hochzeiten und als Höhepunkt die Sonnenwendfeier in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni. Insgesamt ist das faschistische Schulungszentrum Hetendorf 13 als wichtigster Treffpunkt des faschistischen Spektrums anzusehen. Zudem wurden in der Umgebung von Hetendorf häufig Wehrsportübungen durchgeführt, die ihren Ausgang eindeutig in Hetendorf 13 hatten.

Am 20.06.1996 fand innerhalb der Aktionen des antifaschistischen Widerstandes gegen die „6. Hetendorfer Tagungswoche" eine Demonstration mit der Absicht statt, die Sonnenwendfeier der Faschisten zu stören. Antifaschistische Aktivitäten hatten im letzten Jahr den faschistischen Treffpunkt Hetendorf 13 in das öffentliche Bewußtsein gebracht, in der Folge fanden dort weniger faschistische Treffen statt.

Es war Ziel der Demonstration, das Treiben der Faschisten zu stören. Auf dem Gelände Hetendorf 13 waren zirka 200 Faschisten versammelt, u.a. führende Nazikader wie Jürgen Rieger, Thomas Wulf, Torsten de Vries und Steffen Hupka. Als sich die Demonstration dem Zentrum näherte gingen die zum Schutz der Faschisten anwesenden Polizeieinheiten mit äußerster Brutalität auf die 350 DemonstrationsteilnehmerInnen los und kesselten sie ein. Dabei wurden mindestens 3 Menschen schwer verletzt, zudem wurde den Faschisten das ungestörte Filmen der AntifaschistInnen durch die Polizei ermöglicht. Somit haben die Faschisten durch den Einsatz der Polizei neues Material für ihre Todeslisten (Listen mit als Angriffsziel dienenden Personen, die nicht ins faschistische Weltbild passen) bekommen. Die Faschisten konnten nach der Polizeiaktion, bei der die Polizei Knüppel, Hunde und Pferde gegen die AntifaschistInnen einsetzte, die Sonnenwendfeier ungestört fortsetzen.

Insgesamt wurden von Polizei und Staatsanwaltschaft 201 Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen eingeleitet. Allen Betroffenen wird Landfriedensbruch (§125), Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und das Wald- und Forstgesetz vorgeworfen.

Die Taktik des Staates ist dabei folgende: Der antifaschistische Widerstand soll gespalten werden. Dazu gehört die Eröffnung von Prozessen wegen des Vorwurfs des Landfriedensbruchs und des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gegen einen Teil der DemonstrantInnen, während dem anderen Teil Einstellungsangebote aufgrund derselben Vorwürfe gegen Zahlung von 200 bis 400 DM gemacht wurden.

Interessanterweise wurden Anklagen vor allem gegen jüngere Menschen erhoben, um diese einzuschüchtern und von weiterer politischer Arbeit abzuschrecken. Letztendlich dienen die Prozesse dazu, wie alle anderen politischen Prozesse auch, den linksradikalen Widerstand zu kriminalisieren. Mittels des Gummiparagraphen 125, der es ohne einen individuellen Nachweis einer direkten "Straftat" ermöglicht, Menschen nur wegen ihrer Anwesenheit in Menschenmengen, aus denen angeblich Straftaten verübt worden sind, zu verurteilen, soll der Widerstand kriminalisiert und eingeschüchtert werden.

Die Kriminalisierungsversuche des Staates verhindern und der Repression Solidarität entgegensetzen!
Beweist den angeklagten AntifaschistInnen Eure Solidarität!

Kommt zu den Prozessen am 5. November um 9.45 Uhr, Saal E und am 25. November um 12.30 Uhr, Saal D, Amtsgericht Wolfsburg

Wir fordern die bedingungslose Einstellung aller anstehenden Verfahren!
Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!
Sofortige Schließung des faschistischen Schulungszentrums Hetendorf!



Antifaschistisches Plenum Wolfsburg, November 1996

V.i.S.d.P: Rosa Luxemburg, August-Bebel-Str.55, 38440 Wolfsburg

- Coordinadora contra los peligros de la BAYER - Coordination against BAYER-Dangers - Coordination contre les méfaits de BAYER -

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit!

Menschenversuche - Bayer finanzierte Folter in KZ

Vor 50 Jahren, am 27. Oktober 1946, begann in Nürnberg der Prozeß gegen Folterärzte des Naziregimes. Das Verfahren wurde nur halbherzig geführt, denn die Alliierten hatten größtes Interesse an den Forschungsergebnissen der Hitler-Mediziner. So erklärt sich, daß die meisten der grausamen Halbgötter auch nach dem Krieg in der Bundesrepublik Deutschland oder den Vereinigten Staaten höchste Ämter bekleideten. Und auch die Hintermänner wurden für die entsetzlichen Leiden, die im Namen der Wissenschaft unzähligen Menschen angetan wurden, nicht zur Rechenschaft gezogen. Die IG Farben und insbesondere der Bayer-Konzern konnten ungestraft den gefürchteten Auschwitz-Arzt Josef Mengele finanzieren und ZYKLON B aus Uerdingen liefern. Der Bayer-Forscher Prof. Gerhard Domagk, später für die Entdeckung der Sulfonamide mit dem Medizin-Nobelpreis geehrt, führte im Auftrag der SS Menschenversuche zur bakteriellen Kriegsführung durch.

Schaltzentrale für Menschenversuche in Leverkusen

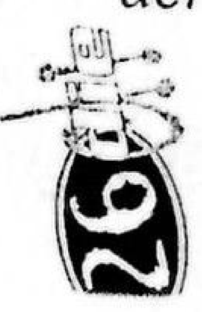
Die Schaltzentrale für IG Farben-Menschenversuche wurde beim Bayer-Konzern eingerichtet. Die berüchtigte "Wissenschaftliche Abteilung" (WI.) wurde von Wilhelm Mann kommandiert, der dem Zyklon B-Monopolisten Degesch anfangs als Geschäftsführer, dann als Vorsitzender des Verwaltungsrates zur Seite stand. Mann trug die Judenvernichtung ungerührt mit und erkannte die Menschenexperimente als beispiellosen Fortschritt. Die vom Bayer-Forscher Gerhard Domagk erfundenen Sulfonamide wurden getestet, indem Menschen mit Gasbrand infiziert und anschließlich mit chemischen Antibiotika aus dem Hause Bayer behandelt wurden. Der Tod war inklusive. Der Leiter des Bayer-Instituts für experimentelle Pathologie und Bakteriologie impfte seinen Opfern auch Kulturen ein, die auf ihre Tauglichkeit als bakteriologische Kampfstoffe geprüft werden sollten. Auftraggeber: Prof. Dr. Joachim Mrugowsky, der Chef des Hygiene-Instituts der Waffen-SS.

Die "Wissenschaftliche Abteilung" von Bayer (Bayer WI) hatte sich während des Dritten Reiches zu einer in der Fachwelt anerkannten Institution gemausert. Die Bayer WI liierte sich aufgeschlossen mit den fünf abschreckendsten Menschen-Labors des NS-Staates: Mit dem Institut für Fleckfieberforschung beim Oberkommando der Wehrmacht in Krakau, dem Hygiene-Institut der Waffen-SS, mit dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, mit dem Robert-Koch-Institut ("Reichsanstalt zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten") und der Militärärztlichen Akademie in Berlin. Die Bayer WI hatte lediglich ein Ziel: durch die Erlangung der Urheberrechte für die zukünftigen Medikamente ihre Monopolstellung auszubauen. Dies aber war nur über den menschlichen Leichnam möglich.

An Menschenversuchen zeigten sich bei den IG Farben Schreibtischtäter bis hin zum Topmanagement interessiert. *Ob die I.G. Farben-Manager Dr. Heinrich Bütefisch, Dr. Georg von Schnitzler, Dr. Otto Ambros, Dr. Fritz ter Meer oder Walter Dürrfeld - auf dem Auschwitzer Camp lachten sie alle beherzt mit Rudolf Höß* (Kommandant von Auschwitz) und *scherzten anbiedernd mit dem Reichsführer-SS Himmler. Diese sachverständigen Ehrenmänner trieben die Heuchelei zum Höhepunkt. Sie waren sich keiner Schuld bewußt, von der Ausrottung der Juden wollen sie ohnehin erst nach der entehrenden Kapitulation gehört haben.*"

Bayer förderte Dr. Mengele

Einer der berüchtigsten Mediziner der Nazizeit war der Auschwitz-Arzt Dr. Josef Mengele, dessen Verbindung zu Bayer und seinem Vorsteher Wilhelm Mann geradezu ein Paradebeispiel für das damalige Milieu darstellt. Mengeles Mentor und Förderer war der Zwillingsforscher Prof. Dr.



Otmar Freiherr von Verschuer, nach dem Krieg Vorsitzender der Akademie der Wissenschaft und Literatur in Mainz. Aus einem Brief des Bayer-Direktors Mann an Prof. Verschuer, in dem die Zusammenarbeit festgeklopft wird: *"Ich danke Ihnen sehr, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, Ihren Kollegen, Herrn Dr. Mengele, kennenzulernen. Seinen zweiten Vortrag habe ich als sehr eindrucksvoll empfunden."* Dann kam Wilhelm Mann auf das Wesentliche: *"Wie ich Ihnen bereits mündlich versichert habe", werde er "bei mir im Hause die Finanzierung besprechen", denn "die Versuchsreihen von Herrn Dr. Mengele sollten, wie ich mit Ihnen übereinstimme, auf jeden Fall forciert werden". Wilhelm Mann unterstrich seinen guten Willen und legte "einen ersten Scheck ... schon einmal bei". In welcher Höhe Bayer Verschuers und Mengeles Zwillings-Werkstatt unterstützt hat, ist nicht mehr zu verifizieren.*

Bayer feilscht um "Versuchsmaterial"

Für jeden KZ-Häftling, der über Versuchsreihen in den Tod geschickt werden sollte, hatte Bayer der SS eine "Ablöse" zu zahlen. Anfangs verlangte der Himmler-Orden für jeden weiblichen Häftling 200 RM, ließ sich freilich von Bayer um 30 RM herunterhandeln. Nicht immer schien die "Auslese" den Qualitätsansprüchen zu genügen. "Trotz ihres schlechten Zustands", rügte ein Bayer-Schreiben an den Lagerkommandanten von Auschwitz, "können wir sie als geeignet akzeptieren." Und in einem weiteren Brief kündigte Bayer die Ausweitung des Geschäfts an: "Alle Personen sind an den Experimenten gestorben" - "in Kürze werden wir uns mit Ihnen zwecks weiterer Lieferungen in Verbindung setzen."

Kontinuität bis heute

Die Vereinigten Staaten interessierten sich brennend für die Ergebnisse der NS-Ärzte. Galt es doch, im beginnenden Kalten Krieg die Führerschaft auf jedem noch so entsetzlichen Gebiet vor der Sowjetunion zu erringen. Kein Wunder also, daß die meisten der perversen SS-Wissenschaftler der Anklage vor dem Nürnberger Ärzteprozeß entgangen sind. *Die US-Operation "Overcast" (später: "Paperclip") konzentrierte die gefangenen Wissenschaftler im abgeschirmten Lager Kranzberg im Taunus. Koryphäen, die das NS-Regime gefördert hatte, waren zahlreich versammelt: Gerhard Schrader, der Entdecker des Tabun, des Sarin und des Somans. Hermann Ochsner, der Nebeltruppen-Chef und der im Oberkommando für pharmakologisch-toxikologische Sonderfragen verantwortliche Prof. Dr. Wolfgang Wirth, sowie der Prof. Dr. Heinrich Hörlein, in dessen Institut Tabun und Sarin zur Serienreife entwickelt wurde. Sie alle waren direkt oder indirekt an Menschenversuchen beteiligt, selbst bestialische Forscher weckten die Neugier Washingtons.*

kursive Zitate aus: Peter-Ferdinand Koch, Menschenversuche, Die tödlichen Experimente deutscher Ärzte, 336 Seiten, viele Abbildungen, R.Piper-Verlag, München 1996, DM 48,-- und: Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg), Von Anilin bis Zwangsarbeit, 240 Seiten, viele Abbildungen, Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1995, DM 24,80

____ Bitte schicken Sie mir unverbindlich weitere Informationen über die Arbeit der *Coordination gegen BAYER-Gefahren*

Ich bestelle:

____ Exemplare "Menschenversuche" für DM 48,-

____ Exemplare "Von Anilin bis Zwangsarbeit" für DM 24,80

zzgl. DM 8,-- für Porto und Verpackung (einmalig für die gesamte Sendung)

Name, Vorname

Straße/PLZ/Ort

Telefon/Unterschrift

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. * Postfach 15 04 18 * 40081 Düsseldorf * Email: CO_GEGEN_BAYER@Nadeshda.gün.de
Ökobank Frankfurt * Konto 17 96 12 * BLZ 500 901 00 * Postbank Essen * Konto 37 83 83 439 * BLZ 360 100 43
Tel: 0211-333 911 Fax: 0211-333 940



KAHINA - Autonome Flüchtlingshilfe
Peterssteinweg 13

04107 Leipzig

Leipzig, den 27.10.1996

Liebe Leute,

wir Ihr sicher schon in der Zeitung gelesen habt, wurde am Mittwoch abend in der Leipziger Südvorstadt der 30jährige Syrische Asylbewerber Ahmed Baschir Z. von zwei Deutschen (Daniel Z./20) und Norman E./18) in einem Gemüseladen erstochen. Die Leipziger Südvorstadt befindet sich zwischen dem Stadtzentrum und Connewitz - in einer Gegend also, in der rassistische Überfälle und Morde nicht zur Tagesordnung gehören.

Staatsanwaltschaft und Presse bemerken inzwischen übereinstimmend, der Mord habe keine rassisistischen Motive gehabt, was von uns allerdings bezweifelt werden muß. Wider Erwarten wurde in diesem Fall nicht von alkohol sierten Tätern gesprochen, in keiner der Agenturmeldungen und auch in nicht in der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft taucht das Wort "Alkohol" auch nur auf, woraus wir schließen, daß die Täter nüchtern gewesen sein müssen.

Die Täter seien "polizei- und gerichtsbekannt", lassen die Staatsanwaltschaft und die Polizeidirektion Leipzig in einer gemeinsamen Pressemitteilung verlauten. BILD stellt fest:

"Daniel ist schon früher durch Diebstahl, Raub und Körperverletzung aufgefallen. Sein Vater Reinhard, ein Wachmann, war früher Polizist."

Allein das Verhalten der Mörder gibt Rätsel auf. Die Tat spielte sich um 18.06 Uhr in einem Gemüseladen ab, also kurz vor Ladenschluß. Die Täter kamen in den Laden und wollten Streit. Wer aber betritt völlig nüchtern um 18.06 Uhr einen Gemüseladen, betitelt zwei deutsche Verkäuferinnen des Ladens als "Türkenweiber" und ersticht den sich dazwischenstellenden Mann kurzerhand mit einem Butterflymesser?

Ob die Täter tatsächlich organisierte Nazis sind, wird noch festgestellt werden müssen. Wenn sie dies nicht sind, so sind sie doch Faschisten. Recherchen in dieser Richtung laufen noch.



Die beiden befinden sich in Untersuchungshaft. Eine Entlassung würde wahrscheinlich einen Sturm der Entrüstung entfachen, da mom entan niemand an ihrer Täterschaft zweifelt.

Ahmed B. Z. hat in Damaskus eine Frau und ein dreijähriges Kind,

seine Familie wird als mittellos beschrieben.

Momentan werden zwar Spenden für die Familie über ein Spendenkonto gesammelt, allerdings wurde dieses Spendenkonto vom Inhaber des Gemüseladens, der ebenfalls Syrer ist, und von Mitgliedern der Burschenschaft "Pleissavia", die ihr Burschens chaftshaus gerne mit eine Reichskriegsflagge schmückt, eingerichtet, was für uns natürlich Probleme mit sich bringt. Deshalb sammeln wir Geld auf einem eigenen Spendenkonto, welches wir dann abheben und dem Ladenbesitzer in bar übergeben werden. In der nächsten Woche werden wir auch mit dem Ladenbesitzer darüber reden, von welcher Seite er sich Hilfe eingehandelt hat. Das Burschenschaftshaus der "Pleissavia" befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Gemüseladen, ebenso wie unser Büro.

Wir bitten Euch, Spenden für die Familie von Ahmed Z. auf das Konto

Kontonummer	8463395
BLZ	860 200 86
Kontoinhaber	C. Großer
Kennwort	Ahmed

bei der Vereinsbank zu überweisen. Wenn es Neuigkeiten gibt, werden wir Euch bescheid geben.



Tschüß bis bald (zu hoffentlich angenehmerem Anlaß)

KAHINA

LESBEN-FRAUEN-INFOVERANSTALTUNG



über die Ergebnisse und Ideen des Vorbereitungstreffens in Paris vom 01.-03.11.96 für ein europaweites Lesben-Frauen-Festival-Kongreß-Treffen... und für ein internationales Lesben-Frauen-Netz. Innerhalb der Lesben-Frauen-Räume auf dem europäischen Vorbereitungstreffen zum intergalactischen Kongreß im Juni diesen Jahres entstand die Idee für ein solches Zusammenkommen. Aus dem Bedürfnis heraus, sich weiter auszutauschen und zu diskutieren, neue Strategien zu entwickeln... und das alles ohne Zeitdruck und mit guter Vorbereitung (auch inhaltlich).

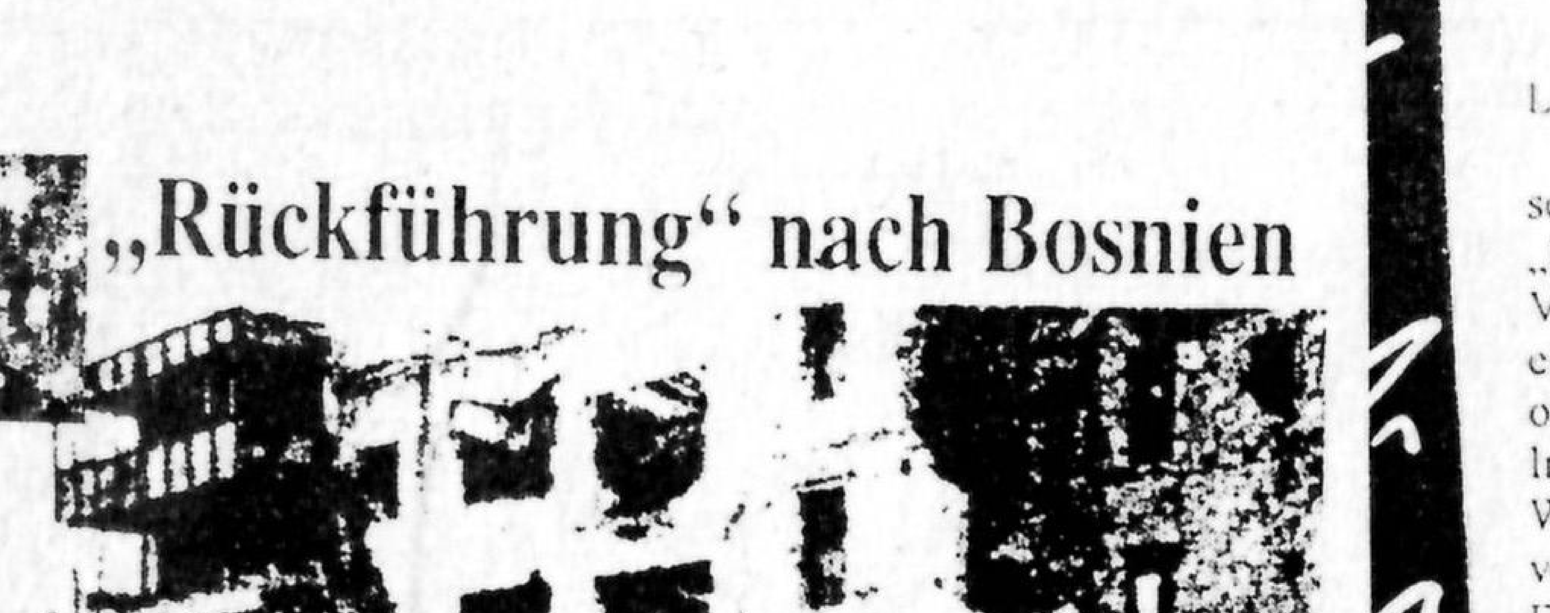
Dieses Treffen soll keine Mexicosolidaritätskoordinierung werden, sondern möglichst viele Themen, Diskussionen, Aktionen, Vernetzungen der Lesben-Frauenszene zusammenbringen. Mit Film!

Alles weitere am Donnerstag, dem 14.11.96

um 19.00 Uhr im Cafe KRÄHENFUß

(Humboldtuni, Hauptgebäude, Unter den Linden)

„Rückführung" nach Bosnien



Dieses Plakat (DIN A2) kann bestellt werden beim:
Antirassismusbüro Bremen · Sielwall 38 · 28203 Bremen
Telefon (0421) 706444 · FAX (0421) 706445

Kostenbeteiligung und Spenden für unsere Unterstützungsarbeit für BosnierInnen auf Konto 17 200 833 bei der Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01)

Selbstkostenpreis: 30,- DM / 100 Stück plus Versandkosten

Freiburg, den 10.10.96

Liebe Frauen,

seit über einem Jahr sind wir nun schon bemüht, über Verhandlungen mit der Stiftung „Umverteilen" einen fairen Preis auszuhandeln, der es uns ermöglicht, das Grundstück der Villa Courage zu erwerben. Wie Ihr aus dem beiliegenden Offenen Brief an die Stiftung ersehen könnt, sind unsere bisherigen Angebote abgelehnt worden: im Gegensatz zu ihrem offiziellen Anspruch will die Stiftung offensichtlich doch auch verdienen an ihren Investitionen.... Wir sind daher gezwungen uns an die Öffentlichkeit - an Euch - zu wenden. Wir denken, daß eine Unterstützung Eurerseits unseren Forderungen mehr Nachdruck verleiht.
Daher legen wir euch eine Solidaritätsadresse mit rein - wäre prima, wenn ihr sie unterschreiben und direkt an die Stiftung „Umverteilen" schicken würdet. Noch besser wäre es natürlich, wenn Ihr selbst ein Schreiben an die Stiftung richtet!
Falls Ihr mehr über die Auseinandersetzung mit der Stiftung wissen wollt, dann fragt bei uns nach: wir haben inzwischen einen ganzen Berg von Briefwechsel mit „Umverteilen", den wir Euch gerne zur Verfügung stellen.

Hier die Adresse der Stiftung „Umverteilen", wohin Ihr Eure Solidaritätsadresse schicken könnt:

Stiftung Umverteilen
- Vorstand -
Mehringdamm 50
D - 10961 Berlin

Mit feministischen Grüßen!

BERLIN

Schönbohm weist Vorwurf der übermäßigen Härte zurück

■ *Innenausschuß debattierte über Hausbesetzer-Randale*

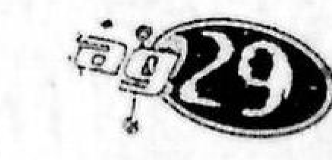
Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) hat Vorwürfe von Bündnis 90/Die Grünen und PDS zurückgewiesen, er trage durch übermäßige Härte gegenüber Hausbesetzern zu einer neuen Eskalation der Gewalt auf Berlins Straßen bei.

Vor dem Innenausschuß des Abgeordnetenhauses, der gestern über die jüngsten Ausschreitungen in Friedrichshain debattierte, rechtfertigte er die vorangegangenen Häuserräumungen als nach dem Legalitätsprinzip dringend geboten. Auch er wolle Gewalt abbauen. Er sei aber nicht gewillt zuzulassen, daß Chaoten in dieser Stadt bestimmen, wie der Staat auf Rechtsbrüche wie Hausbesetzungen reagiert.

Auf Forderungen nach einer politischen Verurteilung von Gewalttaten wie dem Anzünden einer Straßenbahn antworteten die Abgeordneten Wolfgang Wieland (B 90/Grüne) und Marion Seelig (PDS), sie lehnten derartige „Distanzierungs-Rituale" ab. Es sei jedoch absurd anzunehmen, daß ausgerechnet sie als Befürworter von mehr Straßenbahnen in Berlin mit solchen Tätern sympathisieren würden. Dies veranlaßte den SPD-Abgeordneten Hans-Georg Lorenz zu der Frage: „Wäre Ihnen etwa ein Bus lieber gewesen?"

Der Abgeordnete Dieter Hapel (CDU) sprach von einer „neuen erschreckenden Qualität der Straßengewalt". Den Tätern sei jeder Anlaß recht, den Rechtsstaat zu treffen. „Die Grenzen zum Terrorismus sind hier fließend", so Hapel. Erneut forderte er, die am meisten gefährdeten Straßenzüge in Friedrichshain zum „gefährlichen Ort" zu erklären. *mei*







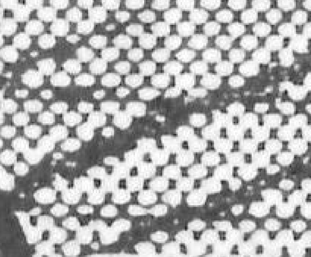
GEGEN 80 LEUTE 129 a - VERFAHREN WEGEN KOLLEKTIVEM FILM- GENUß

Als Lehr- und Dokumentarfilm zum „Attentat gegen Glasfaserkabel am Frankfurter Flughafen" angekündigt, kamen am Freitag, den 26.9.96 ca. 80 Leute zu einer Veranstaltung ins Café Exzeß in Frankfurt/Main.

Der Film war fast zu Ende, als die Bullen mit einem Großaufgebot den Veranstaltungsraum stürmten und alle ZuschauerInnen für festgenommen erklärten. Vom Generalbundesanwalt angeordnet und entsprechend vorbereitet hatten die Bullen zuvor alle Straßen um das Café Exzeß abgesperrt.
Die BesucherInnen mußten bis zu einer Stunde mit Händen an der Wand und gespreizten Beinen stehen bleiben, während der Raum genau durchsucht und von Dokumentartrupps alles abgefilmt wurde. Zahlreiche Gegenstände, insbesondere die gesamte Video-Beameranlage bis hin zum Dreifachstecker (sowie viele Zeitschriften) wurden beschlagnahmt, in der Hoffnung darauf entsprechende Fingerabdrücke zu finden.
Alle BesucherInnen wurden dann in stundenlanger Prozedur abtransportiert und ED-mißhandelt. Offizielle Begründung dieser Razzia und gleichlautender Vorwurf gegen alle Festgenommenen: „Werbung für eine terroristische Vereinigung - § 129a"

Soweit eine erste kurze Schilderung der Ereignisse, genauerer Bericht und Einschätzungen zu diesem ziemlich einmaligen Vorgehen gegen eine Filmveranstaltung werden sicherlich folgen.......

Weil der „inkriminierte" Film ja längst in vielen Städten kursiert und auch schon gezeigt wurde, wäre die Frage naheliegend, ob gegen diese Repression nicht ein offensives Ankündigen und öffentliches Aufführen des Films an möglichst vielen Orten eine angemessene Antwort wäre!!!!!



EIN LEHR- UND DOKUMENTAR- FILM 55 min.

Im KOB am 7.11. 20.30Uhr

freitag 8

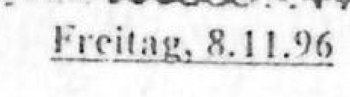
Fr. 8.11.
ab 20.30 Uhr

LANGE STAR-WARS-NACHT:

Krieg der Sterne
Das Imperium schlägt zurück
Die Rückkehr der Jedi-Ritter

Der Kampf der Rebellen zusammen mit Luke Skywalker, Prinzessin Leia, dem Schmuggler Han Solo, den Androiden R2D2 und C-3PO, dem Wookie Chewbacca und den Ewoks auf ihren fliegenden Motorrädern gegen die Schergen des Imperiums und deren Handlanger Darth Vader wird nach 3 sitzfleischstrapazierenden und durchgekifften Stunden von uns gewonnen!!

KOB
Kneipe
Kino
Konzerte
Cafe
Potsdamer Str. 157
Berlin Schöneberg



Freitag, 8.11.96

FrauenLesbenVideoKino
„Out in Friedrichshain":
: 21.00 Uhr „Orlando"
Ein Film nach dem gleichnamigen Buch von Virginia Woolf
Eintritt 4 Mark, wovon ein Teil an Frauen/Lesbenprojekte gespendet wird.

Größenwahn

SO wie SO



Benefiz-Party

in der Kulturwerkstatt Kaserne, Basel
Fr. 8. November 96 ab 22h
Bar / Kulinahrung / Live: Tempo al Tempo (HipHop aus Italien)
Disco: She Dj Angie, She Dj Barbara, PL Proshpee

samstag 9

Sa 9. November 11 Uhr

ANTIFADEMO IN MOABIT

Gedenkkundgebung:
Mahnmal auf der Putlitzbrücke (U9 Birkenstraße)
Abschlußkundgebung:
Mathilde Jacob Platz



Samstag, 9.11.96

15.30 - 20.00 Uhr Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr Film: „Die Blechtrommel"
BRD/F '78, R.: V. Schlöndorff, B.: Günter Grass
Danzig '27: Von der Erwachsenenwelt enttäuscht beschließt der 3-jährige Oskar, von nun an nicht mehr zu wachsen. Mit schrillen Schreien und seiner Blechtrommel protestiert er.
Eintritt frei

Größenwahn
Kinzigstraße 9 Hinterhaus
10247 Berlin
Tel. 291 80 83
oder 294 76 88 (Frauen Lesben)

Samstag, 9. November: Cocktailabend im X-B-Liebig (Liebigstr.34, Friedelhain)

Außerdem hat das X-B-Liebig jetzt auch wieder Sonntags auf.

So, 10.11.

20.30Uhr *Tanz der Vampiere*

22.30 Uhr *Frankenstein Junior*

Willkommen zur lustigen Gruselnacht im KOB

10 sonntag



Mo, 11.11.

20.30 und 22.30.Uhr

Das bolivianische Tagebuch

Ché Guevara - geliebt, gehaßt, ermordet und vom 'Spiegel' zum Pop-Star deklariert - wollen auch wir seiner gedenken. Der Film. zeigt Ché's letzte Tage in Bolivien anhand seiner Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen von Zeitzeugen.

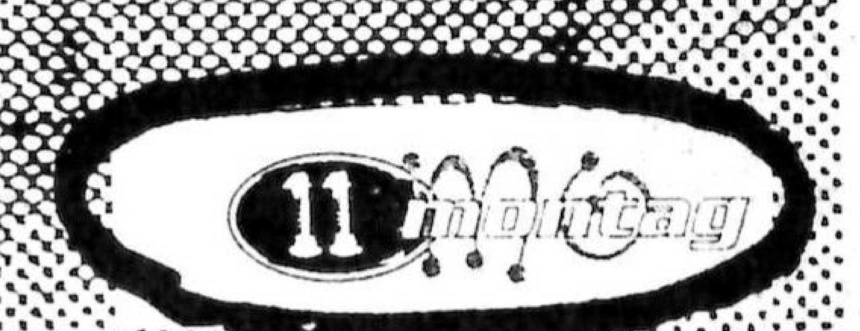
Im KOB

11 montag

Kommt massenhaft zum ALLE 14 TAGE SICH TREFFENDEN **antiautoritären-sozialrevolutionären Plenum !**
NÄXTER TERMIN: MITTWOCH DEN 13. NOVEMBER UM 19 UHR IM KOB - SCHÖNEBERG - POTZDAMER STRASSE 157 -

Themenvorschläge:
Theorie: Was verstehen wir unter Hantiautoritär!?
Praxis: Sozialabbau, Hausbesetzungen

Wir sehen uns..



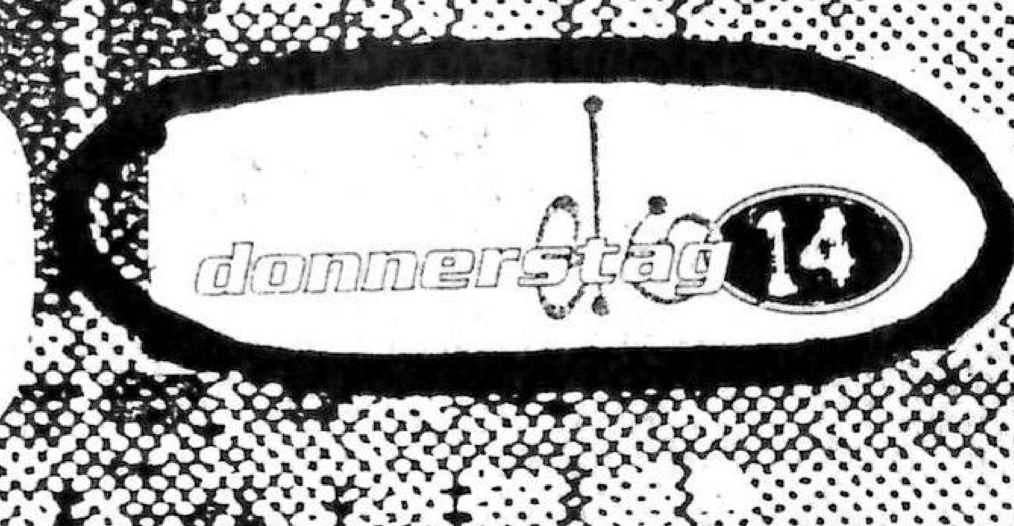




Donnerstag, 14.11.96

Sechs Jahre Mainzer Räumung!!!

20.00 Uhr Film: „Sag'niemals nie!"
Film über die Mainzer Straße



Größenwahn
Kinzigstraße 9 Hinterhaus
10247 Berlin
Tel. 291 80 83
oder 294 76 88 (Frauen/Lesben)

7. ANTIFA-DEMO IN MOABIT

7. ANTIFADEMO IN MOABIT

KEIN VERGESSEN KEIN VERGEBEN!

WER SCHWEIGT, STIMMT ZU!

GREIFT EIN BEI RASSISTISCHER HETZE UND GEWALT!

Deportation Berliner Jüdinnen und Juden

Sa 9. November

11 Uhr

Gedenkkundgebung:

Mahnmal auf der Putlitzbrücke (U9 Birkenstraße)

Abschlußkundgebung:

Mathilde Jacob Platz

58. Jahrestag der Reichspogromnacht

UnterstützerInnen: Antifaschistische Initiative Moabit, Bund der Antifaschisten in Berlin e. V., VVN / Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg, Antifa Jugendfront Berlin, Initiative gegen Abschiebehaft, Info-Laden Omega, Arbeitsgemeinschaft im Tiergarten, Anarchistischer Laden Tiergarten, Verein für eine billige Prachtstraße - Lehrter Straße e. V., Baumpaten im Tiergarten, FARA (organisiert in der AA-BO)